

Kapitel 2: Mitteleuropäische Außenpolitik – eine Geisel der Geschichte?

zusammengestellt von Julian Pänke

Einleitung

Julian Pänke

Eine Vielzahl von Ereignissen und Entwicklungen seit 1989 legen eine Wirksamkeit historischer Erinnerung und geschichtlicher Hinterlassenschaften auf die internationale Politik nahe. Vor allem die Region Mitteleuropa scheint besonders anfällig für die »Gegenwart der Vergangenheit«. Ein Blick auf die Kontinuität deutscher Außenpolitik angesichts einer machtpolitischen Gewichtszunahme nach der Wiedervereinigung, die widersprüchliche Position der Tschechischen Republik im Irak-Krieg 2003, die parteipolitischen Konflikte in Ungarn über den richtigen Umgang mit den Auslandsungarn, die sensible Frage des Transits nach Kaliningrad durch Litauen, die scheinbar zunehmende Entfremdung in den deutsch-polnischen Beziehungen und schließlich die Pflege eines sowjet-nostalgischen Erbes in Belarus deuten in diese Richtung. Fast scheint es, als sei mitteleuropäische Außenpolitik eine Geisel der Geschichte.

Natürlich trägt Außenpolitik in ihren Interessenformulierungen und ihrer Außerdarstellung immer zur Identitätskonstruktion und Nationenbildung bei – in jedem Staatswesen. Verstärkt wird dieser Aspekt von Außenpolitik in Mitteleuropa durch die Notwendigkeit einer vollständigen »Neuerfindung« und Selbstvergewisserung nach den revolutionären Umbrüchen von 1989. Scheinbar lang vergessene und in der kommunistischen Zeit unterdrückte Geschichtsbilder wurden durch die unerwartete (Wieder)Gewinnung staatlicher Souveränität reaktiviert und bestimmten von nun an die gesellschaftlichen Debatten, vor allem in den hier versammelten »klassischen« mitteleuropäischen Staaten, also in Litauen, Polen, Tschechien und Ungarn. Eine Rückbesinnung und Anknüpfung an (vermeintlich naheliegende) außenpolitische Traditionen und Denkmuster lagen und liegen daher nahe. Dieses Suchen nach Kontinuität kann auch eine wiederhergestellte Anpassungsfähigkeit an das sich inzwischen veränderte internationale Umfeld signalisieren. In dieser Lesart fügen sich auch die beiden mitteleuropäischen »Sonderfälle« Deutschland und Belarus in das Kapitel ein. Streben erstgenannte Länder nach einer Kontinuität im Sinne einstiger nationalstaatlicher Souveränität irgendwann in der Vergangenheit, versuchen letztere jeden Eindruck eines Bruches zu vermeiden, je der Logik ihrer Geschichte folgend – einer »EU-ropäisierten« Identität in Deutschland, einer sowjetisierten Identität in Belarus. In allen sechs Fallstudien liegen die Risiken jedoch in reflexhaften und übereilten Reaktionen, die das Verhältnis zwischen den Ländern empfindlich stören können. Die Sichtweise dieses Kapitels unterstellt der Außenpolitik in den mitteleuropäischen Staaten eine gewisse Pfadabhängigkeit insofern, als historische Erinnerung und Hinterlassenschaften je spezifische Wahrnehmungs- und Handlungsmuster vorgeben.

Im Mittelpunkt der sechs Beiträge dieses Kapitels steht folglich die Frage: Wie wirken historische Erinnerungen in den heutigen Außenpolitiken mitteleuropäischer Staaten? Lassen sich tatsächlich, wie skizziert, historisch bedingte Wahrnehmungsmuster nachzeichnen oder sind es doch vielmehr geopolitische, sicherheitsstrategische und wirtschaftliche Notwendigkeiten (auch machtrationale Interessen), die den Verlauf

mitteleuropäischer Außenpolitiken bestimmen? Dienen historische Erinnerung und Hinterlassenschaften am Ende »nur« als Vermarktungsstrategie, als Argumentationsfassade, hinter der sich rationale Interessen verbergen?

Im ersten Beitrag beschreibt Martin *Jeřábek*, wie in Deutschland das Scheitern der Idee einer »maximalistischen Hegemonialvariante« nach der totalen Niederlage von 1945 zur Einsicht in die Notwendigkeit europäischer Integration führte. In der Nachkriegszeit bedurfte die Wiedererlangung nationalen Handlungsspielraumes der Angleichung deutscher und europäischer Interessen. Materielle und geopolitische Faktoren allein, ohne eine solche postnationale Identität, vermögen die weitgehende Kontinuität deutscher Außenpolitik nach 1990 nicht zu erklären. Ein wichtiges Motiv der deutschen Unterstützung für die EU-Osterweiterung sei neben sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen das Geschichtsbewusstsein der Nachkriegsgeneration gewesen.

Die in Teilen widersprüchliche Außenpolitik Tschechiens während des Irak-Krieges 2003 erklärt Klaudia *Köbn* mit historischen Erfahrungen und dem Status einer »kleinen Nation«. Einerseits unterschrieb Präsident Václav *Havel* für die Tschechische Republik im Februar 2003 den »Brief der Acht«, andererseits dementierte sein Nachfolger Václav *Klaus* die Mitgliedschaft in der »Koalition der Willigen« – wiederum im Gegensatz zur tschechischen Regierungsmannschaft. Die traumatischen Ereignisse von 1938 und 1968 legen eine Skepsis gegenüber Westeuropa nahe, während die sicherheitspolitische Situation eine allzu große »Aufmüpfigkeit« nicht erlaubt.

Am Beispiel der Westintegration und der Politik gegenüber den Auslandsungarn zeigt Gábor *Iván* den Einfluss der Pariser Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit auf die außenpolitischen Leitlinien der zwei großen Parteien in Ungarn. Diese Erfahrungen haben eine stark polarisierte Gesellschaft hinterlassen. In der Politik der Westintegration und gegenüber den Auslandsungarn konkurrieren diese je unterschiedlichen Geschichtsbilder miteinander. Dabei knüpfen die Nationalkonservativen an »revisionistisch« anmutende Traditionen an, während die Sozialisten die unangenehme kommunistische Vergangenheit einfach ausblenden.

Der Beitrag von Jurgita *Dapkutė* belegt den Einfluss zwischenstaatlicher Geschichte auf Außenpolitik am Beispiel der Identität Litauens. Aufgrund historischer Erfahrungen pflegt die baltische Republik Sonderbeziehungen zu den USA und verharret in einer äußerst skeptischen Haltung gegenüber dem einstigen Hegemon Russland. Diese außenpolitische Identität dokumentierte sich in der schwierigen Frage des Transits von Russland in die Exklave Kaliningrad im Vorfeld des litauischen EU-Beitritts. Die Politik des kontinuierlichen Strebens in die euro-atlantischen Strukturen (EU und NATO) wurde vom Aufbau einer außenpolitischen Identität begleitet.

Patrycja *Sokołowska* untersucht die Rolle von Geschichte im Rahmen der aktuellen Entfremdung in den deutsch-polnischen Beziehungen. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Debatte um das »Zentrum gegen Vertreibungen« in Berlin, um im An-

schluss im größeren Kontext das Verhältnis Polens zu den USA und Russland in seinen Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen zu beleuchten. Dabei scheint polnische Außenpolitik vor allem durch die Erfahrung deutsch-russischer Komplote geprägt zu sein, die das Land wiederholt geteilt und unterdrückt haben; deutsche Polen-Politik erscheint so als negative Funktion der Russland-Politik. Diese scheinbare Logik gilt es zu durchbrechen.

Im abschließenden Beitrag betrachtet Wolfgang *Sender* für Belarus zwei Stränge historischer Erinnerung: In der Pflege fast ausschließlich des kommunistischen Erbes bedient sich Alexander *Lukaschenko* der in weiten Teilen der Bevölkerung tief verwurzelten Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg, der Weißrussland furchtbare Opfer abverlangt hat, und der ihnen wohlvertrauten sowjetischen Staatssymbolik. Diese Erinnerung und die Verwendung neosowjetischer politischer Mittel dienen hier der Machtsicherung eines autoritären Regimes und finden ihren Niederschlag in der ausschließlich nach Osten orientierten Außenpolitik. Im Gegensatz dazu könnte die politische Opposition bislang nicht erfolgreich an ein »Nachbarschaftsgefühl« zu den westlichen Nachbarn anknüpfen, das auf einer langen Zeit gemeinsamer Staatlichkeit im Verbund der Union Polen-Litauen basieren kann. Belarus zeigt so, dass auch selektiv verwendete historische Erinnerungen prägend für die Außenpolitik eines Landes sein können.

Alle Artikel dieses Kapitels beleuchten auf ihre Weise die »Gegenwart der Vergangenheit« in sechs mitteleuropäischen Außenpolitiken. In jeder Fallstudie wird eine je spezifische Gemengelage aus historischer Erinnerung und anderen Faktoren wie geopolitischen, wirtschaftlichen und machstrategischen Überlegungen angeführt. Das genaue Verhältnis zwischen diesen Größen lässt sich nicht eindeutig bestimmen. Dies scheint in diesem Rahmen auch nicht möglich. Vielmehr soll dieses Kapitel einen Einblick in die vielfältigen und verschlungene Pfade geben, die historische Erinnerung in außenpolitischem Verhalten beschreiten kann und wie betroffene Akteure damit umgehen können.

Deutschland in Europa

Zur deutschen außenpolitischen Identität vor und nach 1990

Martin Jeřábek

Am Anfang des 21. Jahrhunderts gibt es weder ein »deutsches Problem« wie zwischen 1918 und 1945 noch eine »deutsche Frage« wie in der Zeit des Kalten Krieges, sondern Fragen über Deutschland.¹ Diese Fragestellungen wurden nach 1990 besonders relevant im Hinblick auf Deutschland im mitteleuropäischen Kontext.² Das können sowohl ganz aktuelle Fragen als auch solche sein, die in der problematischen Geschichte von Mitteleuropa wurzeln. Gerade der geschichtliche Faktor in der deutschen Europa- und Außenpolitik in Bezug auf Zentraleuropa wird zum Thema dieses Beitrags. Eine Redefinition der Rolle der Deutschen in Europa nach 1945 im demokratischen Sinne bildete eine neue Grundlage für das friedliche Verhältnis von Deutschland und Europa. Diese Ausrichtung der deutschen Europa-Politik war entscheidend für den langfristigen außenpolitischen Kontinuitätskurs und das starke deutsche Engagement sowohl für die tiefere Integration von Europa als auch für die Osterweiterung der Europäischen Union im Zeitraum 1990–2004.

Vorgeschichte

Der erste Versuch, die deutsche Hegemonie in Mitteleuropa und folglich in ganz Europa durchzusetzen, scheiterte mit der Niederlage der sogenannten Mittelmächte³ im Jahre 1918. Die Entstehung des Versailler Systems im Jahre 1919 brachte zwar eine zeitliche Begrenzung des deutschen Machtpotentials, aber keine entscheidende Gesamtlösung für dauerhaften Frieden in Europa. Sowohl die zahlreichen deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten von Österreich-Ungarn als auch die antagonistischen Beziehungen dieser Staaten untereinander trugen zur Herausbildung eines brisanten Konfliktpotentials in Mittel- und Osteuropa bei. Der Zusammenschluss aller Deutschen in Mitteleuropa in einem deutschen Nationalstaat, de facto eine großdeutsche Lösung unter der Regie Berlins, kam als die maximalistische Hegemonialvariante des nationalsozialistischen Deutschlands durch einen Eroberungskrieg 1939–45 zustande. Die totale Niederlage und die bedingungslose Kapitulation des Dritten Reiches

1 Vgl. Adrian *Hyde-Price*, *Germany and the European order. Enlarging NATO and the EU*, Manchester/New York 2000, S. 2.

2 In den vorliegenden Thesen wird neben dem historisch belasteten Begriff Mitteleuropa auch die »neutrale« Bezeichnung Zentraleuropa verwendet. Im geographischen Sinne ist auch der Begriff Mittel- und Osteuropa, der sich auf ganz Osteuropa bezieht, zutreffend. In den historischen Betrachtungen kommen meistens die Begriffe Mitteleuropa und Ostmitteleuropa vor. Näher zum Begriff Mitteleuropa (Central Europe) Timothy Garton *Asb*, *Středoevropsan vollbou* (dt.: Mitteleuropäer durch Wahl), Prag 1992.

3 Als Mittelmächte wurden Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, später auch Bulgarien und das Osmanische Reich bezeichnet.

im Mai 1945 bedeuteten das Ende der aggressiven offenen deutschen Expansion in Mitteleuropa.

Die Identitätskonzepte als Erklärungsmuster für die Außenpolitik

Die Bundesrepublik Deutschland konnte nach 1945 durch internationale Integration Schritt für Schritt Teile ihrer Souveränität wiedergewinnen und folglich 1990 durch die deutsche Vereinigung die volle nationalstaatliche Souveränität zurückerlangen.⁴ Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist, wie man die oben genannte Entwicklung der deutschen Außenpolitik nach 1945 erklären kann. Eine Grundlage für meine Betrachtung bildet die Feststellung der Kompatibilität der deutschen nationalen und europäischen Identitätskonzepte in der Nachkriegszeit.

Die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg führten zur Überzeugung, dass die Sicherheit nur in einem veränderten System erreicht werden kann. Im Westen wurde dieses Problem der »Sicherheit vor Deutschland« durch »Sicherheit mit Deutschland« gelöst.⁵ Die Deutschen mussten nach 1945 Teile der traditionellen Macht und der nationalstaatlichen Souveränität an die westeuropäische Gemeinschaft abgeben. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und die Westbindung waren der einzige Weg, zumindest für die Bundesrepublik Deutschland, um teilweise die Souveränität wiederzuerlangen.⁶ In das westeuropäische System integriert, hatte die relative Größe und Stärke des deutschen wirtschaftlichen Potentials sogar positive Effekte auf die europäische Integration.⁷ Darüber hinaus wurde die Stabilität in Europa durch eine multilaterale Kooperation abgesichert.

Die Interpretationsmodelle, deren Grundlage nur materielle und geopolitische Faktoren bilden, sind nicht in der Lage, sowohl die möglichen Ziele der deutschen außenpolitischen Strategie als auch die deutsche Durchsetzungsweise zu beleuchten. Die Erklärungen solcher Autoren, die die Kontinuität der deutschen Außenpolitik auch nach 1990 betonen,⁸ sind nur in Verknüpfung mit der Analyse anderer (nichtmateriel-ler) Faktoren verständlicher. Die deutsche Identität und das institutionelle Umfeld der

4 Peter J. Katzenstein, United Germany in an Integrating Europe, in: *Katzenstein* (Hrsg.), *Tamed Power: Germany in Europe*, Ithaca, NY, 1997, S. 31.

5 Vgl. Karl Lamers, Strengthening the Hard Core, in: Peter Gowan/Perry Anderson (Hrsg.), *The Question of Europe*, London 1997, S. 105.

6 Vgl. Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas – Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993, S. 38.

7 Die Bundesrepublik Deutschland bildete zusammen mit Frankreich den Motor der Integration. Darüber hinaus finanzierte Deutschland einen erheblichen Teil des EU-Haushalts.

8 In der innerdeutschen Debatte am Anfang der 1990er Jahre waren es zum Beispiel Helga Haftendorn, Karl Kaiser, Josef Janning. In der angelsächsischen Literatur findet man zahlreiche Beiträge von Peter Katzenstein, Simon Bulmer und William E. Paterson.

deutschen Politik sprechen sogar für einen langfristigen außenpolitischen Kontinuitätskurs über die Jahre 1990 und 1998 hinaus.⁹

Im deutschen Fall spielte die Bindung an innere und internationale Institutionen eine zentrale Rolle bei der Herausbildung der neuen deutschen Identität. Mit den Worten von Peter *Katzenstein* boten die Institutionen »a normative context that constitutes actors and provides a set of norms in which the reputation of actors acquires meaning and value.«¹⁰ Eine neue Definition der Identität, welche die ethnische Konzeption des deutschen Nationalismus zurückdrängte, war nur durch die totale Niederlage im Zweiten Weltkrieg möglich. Die neue deutsche Identität und demokratische Denkmuster haben sich in der Opposition zum radikalen Nationalismus und Militarismus herausgebildet.¹¹ Die Demokratisierung der politischen Kultur durch die 68er-Bewegung und die Diskussionen über die nationalsozialistischen Verbrechen inklusive der Holocaustdebatte seit den 1960er Jahren haben die deutsche Identität mitgestaltet.

Die deutsche Nachkriegsidentität prägten sowohl innere als auch internationale Institutionen. Das Grundgesetz war eine Grundlage der Entstehung eines »Verfassungspatriotismus«.¹² Die Stellung der Menschenwürde im Art. 1 GG und der herausragende Platz für die anderen Grundrechte am Anfang des Grundgesetzes in den Art. 2–19 definierten die Gesamtbedeutung der Menschenrechte für den neuen Staat. Die Identität der Bundesrepublik wurde einerseits durch die Anerkennung der unverletzlichen Menschenrechte und die im Grundgesetz verankerte Verfassungsordnung sowie andererseits durch Europa definiert. Die institutionelle Einbindung Deutschlands in die europäischen und euro-atlantischen Strukturen (Westbindung) kann ein Beleg für die internationalisierte deutsche Identität sein. Die institutionellen Kräfte haben die Beziehung zwischen Deutschland und Europa zu einem Deutschland in Europa umgestaltet.

Die deutsche Vereinigung 1990 – Kontinuitätskurs in der Außen- und Europa-Politik?

Nach 1989 fand kein Wandel der deutschen europapolitischen Leitideen statt.¹³ Der Vertrag von Maastricht, der der deutschen Einigung folgte, bedeutete eine Fortführung der notwendigen »Einbindung« der deutschen Macht in die europäischen Strukturen.

9 Die von dieser Auffassung betonte Kontinuität bedeutet aber nicht, dass es keine Schwerpunktsetzung in der außenpolitischen Strategie und anders akzentuiertes taktisches Handeln geben kann.

10 *Katzenstein*, op.cit. (Anm. 4), S. 12 f.

11 Vgl. *Hyde-Price*, op.cit. (Anm. 1), S. 39.

12 Vgl. *Lisbeth Aggestan*, in: *Ian Manners/Richard G. Whitman* (Hrsg.), *The foreign policies of European Union Member States*, Manchester/New York 2000, S. 66 f.

13 Vgl. *Marcus Jachtenfuchs*, *Deutsche Europa-Politik: Vom abstrakten zum konkreten Föderalismus*, in: *Michèle Knodt/Beate Kobler-Koch* (Hrsg.), *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt am Main 2000, S. 102.

Peter *Katzenstein* bezeichnete die Unterschrift unter den Vertrag von Maastricht als einen Gipfel der Internationalisierung Deutschlands.¹⁴ Folglich wuchsen auch die nationalen und die europäischen Interessen in solchem Maße zusammen, dass jeder Versuch, diese Interessen zu trennen, scheitern musste.¹⁵ Jeffrey *Anderson* fügte hinzu: »EU member governments and their citizens would do well reflect on the fact, while Germany's European interests may be changing, they still fit comfortably with its uniquely positive European identity.«¹⁶

Aus macht- und realpolitischer Sicht entstand allerdings durch die Änderung der Lage 1990 für Deutschland wieder die Möglichkeit, sich als regionaler Hegemon zu etablieren. Laut einiger Autoren ist das wiedervereinigte Deutschland erneut zu der entscheidenden europäischen Zentralmacht geworden.¹⁷ Die deutsche Vereinigung eröffnete deshalb eine Reihe neuer Fragen. Wie wird sich die Wiedervereinigung auf die Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik auswirken? Welche Interessen hat Deutschland? Wird die Integration von Deutschland in Westeuropa weiterhin der wichtigste Eckpfeiler der deutschen Europa-Politik sein?

Eine Tatsache war allerdings klar, dass gerade das historische Engagement der Deutschen in Mittel- und Osteuropa ein deutsches Spezifikum ist und deshalb Deutschland auch die Zukunft dieser Region mitbestimmen wird. Dass sich die politischen Führungseliten der Bundesrepublik Deutschland weiterhin als ein Bestandteil der übernationalen »europäischen Identität« verstehen, kann sehr gut am deutschen Verhältnis zu Zentraleuropa und speziell am Beispiel der deutschen Unterstützung für die Osterweiterung der Europäischen Union dargestellt werden.

Die Osterweiterung der Europäischen Union

Worin lagen die Wurzeln des bedeutsamen deutschen Engagements für die Osterweiterung der Europäischen Union? Ein wichtiges Motiv bei Helmut *Kohl* und Volker *Rübe*, die Mitglieder der Nachkriegsgeneration sind, lag in der Anerkennung, dass sie als Nachkommen derjenigen Deutschen handeln, die das Schicksal Mitteleuropas im Zweiten Weltkrieg verursacht haben.¹⁸ Daran kann man sehen, dass sich die deutsche Europa-Politik in den 1990er Jahren nicht allein aus der deutschen Interessenlage ergab, sondern auch durch das identitätsbezogene Selbstverständnis beeinflusst wurde.

14 Vgl. *Katzenstein*, op.cit. (Anm. 4), S. 26.

15 Vgl. Thomas *Banchoff*, German Identity and European integration, in: *European Journal of International Relations*, Nr. 3/1999, S. 271 ff.

16 Jeffrey J. *Anderson*, German unification and the Union of Europe. The Domestic Politics of Integration Policy, Cambridge, 1999, S. 209.

17 Vgl. Hans Peter *Schwarz*, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.

18 Vgl. Roland *Freudenstein*, Deutschland, Frankreich und die Osterweiterung der Europäischen Union. in: CIRAC/Forschungsinstitut DGAP u.a. (Hrsg.), Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Opladen 1995, S. 133.

Das galt auch für die rot-grüne Bundesregierung seit 1998. Joschka *Fischer* sprach im Deutschen Bundestag nicht über eine der Erweiterungsrounden, sondern über die EU-Osterweiterung als den »Kern der Wiedervereinigung Europas« nach seiner Teilung: »Für uns ist es von überragender Wichtigkeit, dass wir die Wiedervereinigung Europas nach der Wiedervereinigung Deutschlands hinbekommen.«¹⁹ Mit dieser Forderung berief sich Joschka *Fischer* gedanklich auf Helmut *Kohl*.

Die deutsche Bundesregierung *Schröder/Fischer* verfolgte die Grundlinie der Regierung *Kohl* – die Unterstützung der Erweiterung als eine aus dem deutschen Verhalten in der Vergangenheit resultierende Pflicht. Bei Gerhard *Schröder* waren allerdings auch andere wirtschafts- und finanzpolitische Akzente zu erkennen. Fraglich ist vor diesem Hintergrund, wie die »nationalen« Interessen (zum Beispiel an der Osterweiterung) bei den Entscheidungsträgern nach 1998 aufgefasst wurden. Fragen zu Wirtschaft, Finanzen, aber auch Sicherheit wurden jedenfalls anders akzentuiert als in den Auffassungen der Vorgängerregierungen. Die deutschen Interessen wurden von der rot-grünen Regierung eindeutig klarer formuliert: »Wir, die Deutschen, wollen die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und nach Südosten, weil sie im wirtschaftlichen und natürlich auch im politischen Interesse Deutschlands liegt, und wir wollen sie so rasch, wie es irgend möglich ist. [...] Wir wollen aber keine Erweiterung auf Kosten der Handlungsfähigkeit der Union.«²⁰ Der obengenannte Einsatz für die EU- (aber auch NATO-)Osterweiterungen drückte neben der »historischen Verpflichtung« auch das fundamentale deutsche Sicherheitsinteresse aus, weder ein »Frontlinienstaat«, wie es im Kalten Krieg der Fall war, noch isoliert, wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zu sein.

Fazit und Ausblick

Die innenpolitischen Institutionen und eine europäisierte Identität blieben Schlüsselfaktoren der deutschen Außen- und Europa-Politik auch nach 1990 und 1998.²¹ Dies trug wesentlich zur Kontinuität der Grundlinie der deutschen Europa-Politik bei. Einige Tatsachen können allerdings auf eine mögliche Änderung oder Redefinition der deutschen Identität hinweisen. Erstens ist dies die geographische »Mittellage« von Deutschland. Zweitens gilt, dass sich das Gravitationszentrum von Deutschland nordostwärts verschoben hat. Der Umzug der Hauptstadt und des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin war nicht nur ein symbolischer Akt. Drittens war es der Verlust der

19 Joseph *Fischer*, in: Stenographischer Bericht der 135. Sitzung am 28. November 2000, amtliche Seiten 13023 A–13058 D (Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum bevorstehenden Europäischen Rat in Nizza vom 7.–9. Dezember 2000), S. 13039.

20 Gerhard *Schröder*, in: Stenographischer Bericht der 135. Sitzung am 28. November 2000, amtliche Seiten 13023 A–13058 D (Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum bevorstehenden Europäischen Rat in Nizza vom 7.–9. Dezember 2000), S. 13026.

21 Vgl. Simon *Bulmer*/Charlie *Jeffery*/William E. *Paterson*, Deutschlands europäische Diplomatie: Die Entwicklung des regionalen Milieus, in: Werner *Weidenfeld* (Hrsg.), Deutsche Europa-Politik. Optionen wirksamer Interessenvertretung, Bonn 1998, S. 14.

Deutschen Mark durch die Einführung des Euro. Die Deutsche Mark war ein wichtiger Teil deutscher Nachkriegsidentität. Entsprechend wird die Europäische Währungsunion Folgen für die deutsche Identität haben.²²

Der letzte Faktor, ein Generationswechsel, zeigte bereits Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik. Die Träger der Regierungsmacht zwischen 1998–2005, Joschka Fischer, Gerhard Schröder und Otto Schily, gehörten der Nachkriegsgeneration der sogenannten 68er an. Neben der herausragenden Bedeutung der europäischen Integration wurde von diesen Spitzenpolitikern auch betont, dass »eine moderne, solidarische Außenpolitik eine Politik des aufgeklärten Eigeninteresses sein sollte. [...] So ist Deutschland gut beraten, sich selbst als eine große Macht in Europa zu sehen – wie es unsere Nachbarn längst tun – und seine Außenpolitik entsprechend auszurichten, um sie im Rahmen der europäisch-atlantischen Strukturen zu verfolgen.«²³ Die größte Herausforderung für die Berliner Republik wird die angemessene Machtausübung und gleichzeitig die verstärkte Übernahme von Verantwortung sein.

Am Beispiel der Osterweiterung ist am besten zu sehen, dass die Europa-Politik der Bundesrepublik Deutschland den beiden obengenannten Annahmen entsprach – sowohl Kontinuität als auch neue Akzente. Als Ausdruck einer erhöhten »nationalen« Aktivität kann die Forderung nach Senkung des deutschen Nettobeitrags im Rahmen der Verhandlungen um die Agenda 2000 in Berlin im Frühjahr 1999 und die Initiative vom Bundeskanzler Schröder für die Einführung der Übergangsfristen zur Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit der osteuropäischen Arbeitskräfte betrachtet werden. Es handelte sich allerdings nicht um eine strukturelle, sondern eher um eine taktische Änderung. Zur Unterstützung der Osterweiterung handelte Deutschland multilateral und verfolgte sowohl das gesamteuropäische Interesse an einem starken und integrierten Europa als auch das eigene Wirtschafts- und Sicherheitsinteresse an der Stabilisierung der Staaten Mittel- und Osteuropas.

22 Vgl. Hyde-Price, op.cit. (Anm. 1), S. 41.

23 Gerhard Schröder, Eine Außenpolitik des »Dritten Weges«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 7–8/1999, S. 394.

Ein verlässlicher Partner?

Außenpolitische Entscheidungen der Tschechischen Republik mit Blick auf das politische System, die historische Erfahrung und Identitätsfindung

Klaudia Köbn

Die Geschichte eines Landes prägt nicht nur das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung, sondern sie wirkt auch auf die Außenpolitik ein. So ist die Frage »Wie wirkt historische Erinnerung in den heutigen Außenpolitiken mitteleuropäischer Staaten« aus der Vergangenheit heraus gleichzeitig auch zukunftsweisend. Tschechiens Haltung gegenüber der Irak-Politik der USA wurde vielfach kritisiert – auch wenn in den Köpfen vieler Menschen nicht einmal das Bewusstsein vorhanden war, dass es eine tschechische Haltung gab. Dass diese vielschichtiger ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag, und dass man es sich nicht so leicht machen kann zu sagen, Tschechien sei entweder dafür oder dagegen gewesen, möchte ich im Folgenden aufzeigen. Dabei soll folgende These erläutert und auf ihr Zutreffen hin untersucht werden: Die Entscheidungsfindung Tschechiens für eine Beteiligung am Irak-Krieg 2003 lässt sich aus dem Zusammenspiel zwischen historischer Erfahrung und dem Status als »kleine Nation« erklären.

Fallstudie: Irak-Krieg 2003

Der Irak-Krieg 2003 führte in den europäischen Ländern zu einem »Zwei-Lager-Verhältnis« – man war entweder für oder gegen den Krieg, und dieser Konflikt wurde innenpolitisch wie außenpolitisch ausgetragen. In Deutschland war dies sehr deutlich zu spüren – wurde eine mögliche Beteiligung am Irak-Krieg doch sogar Wahlkampfthema der großen Volksparteien und dadurch eine massive mediale und gesellschaftliche Beschäftigung ins Leben gerufen. In den Blickpunkt der internationalen Politik gerieten hierbei besonders auch die damaligen Beitrittskandidaten der EU, zu denen auch die Tschechische Republik gehörte.¹

Die Tschechische Republik hat sich für den Einsatz im Irak-Krieg, beziehungsweise die Unterstützung der Amerikaner (durch die Entsendung einer Spezialeinheit mit 250 Mann zur Bekämpfung atomarer, chemischer und biologischer Kampfmittel, die zuvor in Kuwait stationiert war), entschieden. Später kamen noch die Entsendung von Militärpolizisten sowie humanitäre und finanzielle Hilfe hinzu. Interessant ist hierbei,

1 Zwei Jahre nach dem Irak-Krieg von 2003 beurteilte die tschechische Bevölkerung (bei einer Befragung von 1000 Bürgern) in einer Umfrage den Angriff auf den Irak äußerst negativ (64%). Nur 27% hingegen sahen das Vorgehen der USA und ihrer damaligen Verbündeten positiv. Vgl. Radio Prag Nachrichten, Irak-Krieg 2003: Tschechen größtenteils skeptisch (19.3.2005), vgl. <<http://www.radio.cz/print/de/nachrichten/64572>>, Stand: 28.12.2005.

dass der vom Außenministerium herausgegebene Bericht über die Außenpolitik der Tschechischen Republik 2003 die ABC-Einheit nicht erwähnt, sondern stattdessen vermehrt auf die humanitäre und finanzielle Hilfe gegenüber dem Irak eingeht. Direkt am Anfang betont der Bericht: »Even though the Czech Republic did not take direct part in the war operations, it supported the international coalition's military intervention against the regime of Saddam Hussein that refused to comply with the relevant UN Security Council resolutions.«² So kann das Engagement der Tschechen vor allem auch symbolisch, als Zeichen der Verbundenheit mit den Interessen der USA, gesehen werden. Im Bericht wird hauptsächlich die Wiederaufbauhilfe im Irak, die humanitäre Hilfe (u.a. mit einem Feldhospital) und die 150 Militärpolizisten, die zum einen für die Sicherheit der Mitarbeiter von internationalen Organisationen und zum anderen für das Training der neuen irakischen Polizei zuständig sein sollen, thematisiert.³

Als Voraussetzung für einen Einsatz galt die Grundlage einer UN-Resolution. Nach einem Beschluss des tschechischen Parlaments hieß es, dass die in Kuwait stationierten Soldaten der tschechisch-slowakischen ABC-Spezialeinheit nur dann zum Einsatz kommen könnten, wenn der Irak Massenvernichtungswaffen anwendet oder wenn zumindest der Verdacht ihrer Anwendung besteht. Die ABC-Spezialisten dürften sich also nur dann ohne UN-Mandat beteiligen, wenn von irakischer Seite der oben zuerst genannte Fall zur Anwendung käme. So lässt sich folgern, dass die Einheit auch ohne Mandat hätte agieren dürfen, weil sie ja nur gegen Massenvernichtungswaffen hätte eingesetzt werden können.⁴

Beziehungen zu Westeuropa und den USA

Der offene Brief an die USA mit dem Angebot der vollen Unterstützung – er wurde von Staatspräsident Václav *Havel* (der kurz darauf aus seinem Amt schied)⁵ ohne Absprache mit der Regierung in Prag unterzeichnet⁶ – sorgte bereits für eine Verärgerung vieler Mitglieder der EU. Für die USA war Tschechien durch seine Beteiligung am Irak-Krieg mit ABC-Truppen, humanitärer und finanzieller Hilfe ein, zumindest im kleinen Rahmen, verlässlicher Partner, auch wenn es nicht direkt ins Kriegsgeschehen eingriff. Im Gegensatz zum Kosovo-Konflikt, bei dem sich Tschechien als junges

2 Ministry of Foreign Affairs of the Czech Republic, Report on the Foreign Policy of the Czech Republic between January 2003 and December 2003, Prag 2004, S. 184 (Hervorhebung durch den Verf., K. K.).

3 Vgl. ebenda.

4 Vgl. Frank *Spengler*/Anneke *Müller*; Tschechien und der Irak-Konflikt, <http://www.kas.de/publikationen/2003/1543_dokument.html>, 26.2.2003, Stand: 16.8.2004.

5 Der Präsidentenwechsel und der damit unmittelbar verbundene Positionswechsel von pro nach contra Irak-Kriegsbeteiligung sorgte nach außen hin für zusätzliche Irritationen, vgl. David *Král*/Lukáš *Pachta*, The Czech Republic and the Iraq crisis: Shaping the Czech stance (Januar 2005), <http://www.europeum.org/doc/arch_eur/CR_Iraq_crisis.pdf>, Stand: 28.2.2006, S. 5.

6 Vgl. *Spengler/Müller*; a.a.O. (Anm. 4). In Tschechien ist der Präsident Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er schließt (zusammen mit dem Ministerpräsidenten) internationale Verträge, ernennt und

NATO-Mitglied noch zögerlich verhielt, trat es nun beim Irak-Krieg als Verbündeter der USA in Erscheinung.

Für die EU hingegen war dieses Verhalten ein erster Hinweis darauf, wie Tschechien zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) steht – dass es eine engere Bindung zu den USA einer außenpolitischen Linie mit der EU vorzieht. Die aus drei Parteien (Sozialdemokraten, Christdemokraten und Freiheitsunion) bestehende tschechische Regierungskoalition fand zu keiner einheitlichen Position. Ministerpräsident *Špidla* widersprach einer Mitgliedschaft in einer Allianz mit den USA gegen den Irak; Außenminister Cyril *Svoboda* bestätigte, dass Tschechien auf Seiten der USA stehe.⁷ Präsident Václav *Klaus* (*Havels* Nachfolger) bezog eine klare Antikriegsstellung und bat bei einem Treffen mit dem amerikanischen Botschafter sogar darum, Tschechien aus der Liste der »Koalition der Willigen« zu streichen.⁸ Ob dies in Rücksprache mit der Regierung erfolgte, ist fraglich. Klar ist, dass der tschechische Präsident in außenpolitischen Fragen keine alleinige Handlungsbefugnis hat. Schließlich bemühte sich Pavel *Telička*, der tschechische Botschafter bei der EU, noch im Februar 2003 auf dem Sondergipfeltreffen der EU-Staaten zum Thema Irak-Krieg um Harmonie und zählte Tschechien nicht zur »Koalition der Willigen«, sondern fühlte sich mit der EU-Position konform.⁹ Dies geschah unter anderem nach der heftigen Kritik der EU-Länder, die sich von ihren Beitrittskandidaten einen solchen Vorstoß nicht erwünscht hätten. Gestaltete sich doch schon bei 15 Mitgliedstaaten die Verwirklichung einer »Gemeinsamen« Außen- und Sicherheitspolitik als heikles, schwer zu bewerkstellendes Unterfangen. David *Král* und Lukáš *Pachta* weisen jedoch bei aller offensichtlichen Widersprüchlichkeit der Positionen darauf hin: »[...] the Czech government acted within a spirit of continuity in foreign policy and in compliance with the acts of former Czech governments.«¹⁰

entlässt den tschechischen Ministerpräsidenten und die Minister und hat auch die Möglichkeit, das Abgeordnetenhaus aufzulösen (Vgl. Karel *Vodička*, Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat, Münster 1996, S. 372 ff.; sowie Mitteldeutscher Rundfunk, Politisches System. Zweikammernparlament und starker Präsident (9.4.2003), <<http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/658301.html>>, Stand: 16.3.2005). Dennoch ist er außenpolitisch nicht allein entscheidungsbefugt, auch wenn Václav *Havel* diesem Amt seinen eigenen Stempel aufgedrückt hat. Die tschechische Verfassung legt in Art. 67 fest, dass die Regierung und nicht der Präsident »Kopf der Exekutive« ist (vgl. Robert Christian *van Ooyen*, Misstrauensvotum und Parlamentsauflösung: Regierungssysteme der MOE-Staaten im Vergleich, Duisburg 2000, S. 24).

- 7 Vgl. Gerald *Schubert*, Haltung Tschechiens im Irak-Krieg sorgt für innenpolitische Diskussionen (24.3.2003), <<http://www.tschechien-portal.info/print.php?sid=355>>, Stand: 16.8.2004; Lothar *Martin*, Tschechische Haltung zum Irak-Konflikt bleibt zögerlich und wankelmütig (18.3.2003), <<http://www.radio.cz/de/artikel/38722>>, Stand: 14.3.2005.
- 8 Vgl. David *Král*, The Czech Republic and the Iraq crisis – oscillating between the two sides of the Atlantic (April 2003), <http://www.europeum.org/epin/comment_kral_apr03.pdf>, Stand: 28.4.2005.
- 9 Vgl. Silja *Schultbeis*, Tschechien identifiziert sich mit gemeinsamer EU-Position zur Irak-Frage (18.2.2003), <<http://www.radio.cz/de/artikel/37694>>, Stand: 16.3.2005.

Gründe für die tschechische Position

Erklären lässt sich eben dieses oben aufgeführte Verhalten aufgrund der historischen Erfahrungen Tschechiens. Zweimal in ihrer Geschichte machte die eher kleine Nation (damals noch als Tschechoslowakei) die Erfahrung der Fremdbestimmung, 1938 als auch 1968 und natürlich ebenso während der ganzen Zeit des Kalten Krieges fühlte sich das Land massiver Fremdbestimmung ausgesetzt. Der tschechische Autor Milan Kundera, der 1975 ins Exil nach Frankreich gegangen war, beschreibt dies wie folgt:

»Die Geschichte der Tschechen in diesem Jahrhundert schmückt sich aufgrund der dreifachen Wiederholung der Zahl Zwanzig mit einer bemerkenswerten mathematischen Schönheit. 1918 bekamen sie nach mehreren Jahrhunderten ihren unabhängigen Staat und 1938 verloren sie ihn wieder. 1948 eröffnete die aus Moskau importierte kommunistische Revolution mit Terror den zweiten Zeitraum von zwanzig Jahren, der 1968 zu Ende ging, als die Russen, wütend über seine freche Emanzipation, das Land mit einer halben Million Soldaten überfielen. Im Herbst 1969 richtete sich die Besatzungsmacht mit ihrem ganzen Gewicht ein und zog, ohne daß jemand es erwartete, im Herbst 1989 friedlich, höflich wieder ab, wie es damals alle kommunistischen Regime in Europa taten: die dritten zwanzig Jahre.«¹¹

Die Entscheidung für die Verbundenheit mit den USA lässt sich zurückführen auf zwei wichtige Punkte. Zum einen unterstützte die USA die Tschechische Republik bei ihrem Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft.¹² Zum anderen wird die USA aufgrund ihres Status als letzte verbleibende Supermacht als verlässlichster Partner bei einem möglichen Kriegs- oder Verteidigungsfall beurteilt.¹³ Mit Blick auf die Zukunft wollte sich Tschechien nach Meinung von Jürgen Schuster durch seine gezeigte Verbundenheit mit den USA absichern: »Plausibel ist, dass dafür die in Tschechien weit verbreitete Sorge ausschlaggebend war, als kleines Land mit den großen Europäern, vor allem mit Deutschland, allein gelassen zu werden, wenn man den USA nicht immer wieder seine Loyalität beweist.«¹⁴ Die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Prager Frühling hatten hingegen gezeigt, dass aus der direkten Nachbarschaft keine verlässliche Hilfe zu erwarten war. So spielt hier auch das kollektive Gedächtnis zu

10 David Král/Lukáš Pachtla, The Czech Republic and the Iraq crisis: Shaping the Czech stance (Januar 2005), <http://www.europeum.org/doc/arch_eur/CR_Iraq_crisis.pdf>, Stand: 28.2.2006, S. 15. Als Beispiele für diese vermeintlich stabile Tendenz im Umgang mit dem Irak führen sie die tschechoslowakische Beteiligung im ersten Golf-Krieg und das Interesse am Irak während der 1990er Jahre (Tschechien war 1994–95 Mitglied des UN-Sicherheitsrats) an – nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen, durch dieses Engagement der NATO und der EU näher zu kommen, zu denen eine Mitgliedschaft angestrebt wurde; die sofortige Erklärung der Unterstützung für die USA im Kampf gegen den Terror nach dem 11.9.2001 und vor allem: die Information an die USA, dass Muhammad Atta, einer der Anführer des Terroranschlags gegen die USA 2001, einige Zeit in Prag weilte und dort angeblich irakische Abgeordnete traf.

11 Milan Kundera, Die Unwissenheit, Frankfurt am Main 2003 (2.Aufl.), S. 12.

12 Die tschechische Bevölkerung stand dem NATO-Beitritt laut einer Umfrage lange Zeit skeptisch gegenüber, vgl. Karel Vodička, Das politische System Tschechiens, Wiesbaden 2005, S. 115 f.

13 Vgl. David Král, The Czech Republic and the Iraq crisis – oscillating between the two sides of the Atlantic (April 2003), <http://www.europeum.org/epin/comment_kral_apr03.pdf>, 28.4.2005.

solchen Ereignissen der tschechischen Geschichte eine wichtige Rolle. Der in diesem Text gebrauchte Begriff der »kleinen Nation« spiegelt auch einen Teil des tschechischen Selbstverständnisses wieder. Die Größe des eigenen Landes hat gerade hier sehr viel mit Selbstbewusstsein zu tun. Vor allem, wenn die Vergangenheit den Eindruck erweckt, als habe sich Tschechien (bzw. die Tschechoslowakei) als »kleiner Spielball« widerstandslos den Kräften anderer, meist größerer Länder beugen müssen.

Doch mit dem Ende des Kalten Krieges gab es auch für die Tschechen die Chance, sich eine neue außenpolitische Identität zu schaffen: auf dem Weg zur Einstellung »Wir sind auch wer«. Ein neues Selbstbewusstsein, ein erster wichtiger Auftritt im Weltgeschehen verbunden mit einem Aufbegehren gegenüber der EU, um noch vor der Mitgliedschaft klarzustellen: Wir lassen uns nicht wieder eine Meinung diktieren, sondern bestimmen selber, wohin wir außenpolitisch steuern. Dennoch kapselt sich Tschechien auch nicht völlig ab, aufgrund des schon genannten Sicherheitsgedankens. Von David *Král*, am Prager »Institute for European Policy«, wurde hier ein passendes tschechisches Sprichwort ins Spiel gebracht: »[...] you cannot sit with one back on two chairs.«¹⁵ Die Haltung der Tschechen in der Irak-Frage lässt eben genau die Absicht erkennen – dass sie doch versuchen, diese an sich schwierige Herausforderung anzunehmen. Wie sich gezeigt hat, täuscht das tschechische Sprichwort über die realen Möglichkeiten einer trickreichen Diplomatie hinweg. Einer Diplomatie, die zwar oberflächlich gesehen eine klare Stellung bezieht, sich aber dennoch nicht eindeutig festlegen lässt.¹⁶

Fazit

Die hier dargestellten Entwicklungen verdeutlichen die noch unsichere Haltung Tschechiens auf außenpolitischem Terrain. So lässt sich klar folgern, dass sich die geschichtlichen Erfahrungen auf die Entscheidung für die Beteiligung am Irak-Krieg auswirken. Es ist die Strategie eines kleinen Landes, um weder den einen noch den anderen Bündnispartner zu brüskieren. Größe und Geographie spielen, wie bereits schon angesprochen, dabei eine wichtige Rolle. Die Angst, von anderen Ländern »eingekesselt« zu werden, ist aufgrund geschichtlicher Erfahrungen immer noch präsent. Die sichere Seite wird bevorzugt, es wird sich jedoch nicht ohne Rücksicht auf Verluste auf sie berufen. In dieser Hinsicht schließt sich Tschechien der Sicherheitsstrategie seiner V4-Nachbarländer (s. Fn. 16) an. Das Entscheidungswirrwarr um die Beteiligung am Irak-Krieg zeigt, dass Tschechien keine einheitliche Meinung nach außen vertrat

14 Jürgen *Schuster*, Das »alte« und das »neue« Europa: Die Reaktionen der europäischen Länder auf die amerikanische Irak-Politik. Ein Vergleich dreier Erklärungsansätze, Münster 2004, S. 70.

15 A.a.O. (Anm. 13).

16 Am Irak-Krieg waren alle Mitglieder der Visegrád-Gruppe (V4) beteiligt. Bei allen Ländern bestätigt sich die von *Schuster* aufgestellte machtpolitische Hypothese – als relativ kleine/schwache europäische Länder unterstützen sie die USA, da sie sich an der Seite der letzten verbliebenen Weltmacht Sicherheit erhoffen (vgl. *Schuster*, op.cit. – Anm. 14 –, S. 70, 75, 101, 113).

und so die klare Entscheidung für eine der beiden Bündnisseiten vermeiden konnte.¹⁷ Die Frage ist, ob es so wirklich für alle Bündnispartner verlässlich bleibt und somit auch die Zukunft des eigenen Landes sichert. Denn diese Politik ist weder konstant noch berechenbar, sondern orientiert sich an den jeweiligen Situationen und deren Akteuren. Eins steht fest: Als eine neue Demokratie versuchte sich die Tschechische Republik hier erstmalig in der internationalen/transatlantischen Politik zu positionieren – auch wenn dies nicht (wie vielleicht erwartet?) im Rahmen der EU, respektive der GASP/ ESVP, sondern mit Tendenz zur USA hin geschah. In den Augen des damaligen tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla (im April 2003) schaffte es sein Land, »das Prestige bei den wichtigsten Teilnehmern der Irak-Krise zu bewahren. Dies betreffe die USA, Großbritannien, die arabische Bevölkerung sowie Europa.«¹⁸ Wenn man die Reihenfolge betrachtet, so zeigt sich Europa (die EU wird nicht genannt) als Schlusslicht. Es stellt sich nun die Frage, ob diese »Prioritätenliste« auch für künftige außenpolitische Entscheidungen gilt – die historischen Erfahrungen werden mit Sicherheit weiterhin ein Thema sein, sichere Voraussagen bezüglich außenpolitischer Entscheidungen garantieren sie jedoch nicht.

17 Král und Pachta vertreten dieselbe Auffassung, vgl. op. cit. (Anm. 10), S. 44.

18 Radio Prag Nachrichten: Špidla: Tschechien gelang es dank Haltung zum Irak, das Prestige zu bewahren (24.4.2003), <<http://www.radio.cz/print/de/nachrichten/64572>>, Stand: 28.12.2005.

Die außenpolitischen Konzepte ungarischer Parteien als Geisel der Geschichte

Gábor Iván

Meine Fragestellung lautet: Wie haben historische Hintergründe auf die ungarische Außenpolitik Einfluss ausgeübt? Wie hat sich die innenpolitische Identität in außenpolitischen Interessen manifestiert? Die Festlegung der Außenpolitik ist in Ungarn – wie auch anderswo – vor allem Regierungskompetenz. Deswegen ist es wichtig, die historischen und ideologischen Hintergründe der verschiedenen Regierungen näher zu betrachten. Es lässt sich ein erheblicher Unterschied in der Aufarbeitung oder dem Umgang mit der Geschichte zwischen den national-konservativen und den sozialistisch-liberalen Koalitionen finden.

In Ungarn sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: rationale Faktoren (wie geopolitische, sicherheitsstrategische, wirtschaftliche Interessen) und kognitive Faktoren (wie Identität und historische Erinnerungen). In den außenpolitischen Prioritäten Ungarns können wir beide Typen dieser Einflussfaktoren finden. Die Entwicklungen der 1990er Jahre zeigen, dass trotz gleich bleibender Prioritäten der Außenpolitik deren Rangfolge unter den verschiedenen Regierungen verändert wurde. Die Hintergründe dieser Verschiebungen sind innenpolitisch induziert und können an verschiedene Regierungen und Ideologien anknüpfen. In diesen Ideologien spiegelt sich auch gewissermaßen das historische Erbe. Die Liberalen und die Sozialisten befürworteten die europäische Integration – demgegenüber stimmen die Nationalkonservativen grundsätzlich einer eher kritischen Sichtweise gegenüber der EU zu und legen viel größeren Wert auf Traditionen und die Erhaltung der nationalen Identität.

Die drei wichtigsten Punkte der außenpolitischen Strategie Ungarns sind: Westintegration, gute Beziehungen zu den Nachbarländern und die Beziehungen zu den Auslandsungarn. Die Reihenfolge und Gewichtung dieser Prioritäten haben sich natürlich von einer zur anderen Regierung verändert. Die Antall- und die Orbán-Regierung haben sich eher auf die Beziehungen zu den Auslandsungarn konzentriert. Im Gegensatz dazu haben die sozial-liberalen Koalitionen (Horn-, Medgyessy-, Gyurcsány-Regierung) die europäische Integration in den Mittelpunkt gestellt.

Das Erbe der Zwischenkriegszeit

Die Wurzeln der heutigen Beziehungen zu den Nachbarländern liegen in den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Verträge haben grundsätzlich neue Konditionen für die Entwicklung ungarischer Außenpolitik geschaffen. Die Region wurde zur Einflusszone von Großmachtpolitik, was in der Folge zur paternalistischen Prägung von Politik und zur Verstärkung einer isolationistischen Politik geführt hat.

Mit den Friedensverträgen wurde das aus mehreren Nationalitäten bestehende »Groß-Ungarn« zerschlagen und es entstand ein ethnisch nahezu homogenes Land. Diese Zerschlagung geschah übereilt und übertrieben, denn nicht nur die anderssprachigen Territorien, sondern auch ungarischsprachige Territorien wurden abgetrennt. Diese raschen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg führten zu einem nationalen Schock und einer Revisionspolitik, in der kein Unterschied zwischen den abgetrennten verschiedensprachigen Territorien gemacht wurde. Diese Revisionspolitik wirkte als Bedrohung der Souveränität der Nachbarländer und führte zur Entstehung der Kleinen Entente. Aufgrund dieser geschichtlichen Entwicklungen ist die heutige ungarische Nachbarschaftspolitik untrennbar mit den Beziehungen zu den Auslandsungarn in den benachbarten Ländern verbunden und von der Minderheitenpolitik der Nachbarländer stark beeinflusst.

Die politische Elite hatte ein konservatives System aufgebaut, um ihre Positionen zu sichern, aber dadurch wurde die soziale und politische Modernisierung des Landes verhindert. Die Großmachtpolitik in der Region hat einen starken Einfluss auf die Innenpolitik ausgeübt, denn nur von diesen Ländern konnte Ungarn wirksame politische Unterstützung für eine territorialen Revision bekommen. Die Grenzrevisionen, die kurz vor und während des Zweiten Weltkrieg erfolgten, wurden als politischer Erfolg betrachtet. Die Revisionspolitik führte – mit anderen Elementen zusammen – das Land in den Zweiten Weltkrieg, mit dessen zerstörerischen Folgen. Mit dem Zusammenbruch und dem Pariser Friedensvertrag im Jahre 1946 wurden die Grenzen der Zwischenkriegszeit festgeschrieben. Damit war die Illusion von einer Wiedererlangung »Großungarns« endgültig zerschlagen.¹ Mehrere Nachbarländer wollten die Fortsetzung territorialer Revisionspolitik mit Bevölkerungsaustausch oder mit Zwangsmigrationen vermeiden. Während der kommunistischen Zeit wurden – wie in anderen sozialistischen Ländern auch – die ethnischen Fragen nicht thematisiert, eine Minderheitenpolitik existierte nicht. Die nationale Zugehörigkeit spielte eine nebensächliche Rolle – viel wichtiger war die Treue zur Sowjetunion und zur kommunistischen Idee. Dass der Kommunismus die Minderheitenprobleme und die nationalen Bewegungen nur unterdrückt und nicht gelöst hat, wurde durch die aufflammenden ethnischen Konflikte auf dem Balkan und auch in den GUS-Staaten deutlich.

Die Wendephase – historisch bedingte parteipolitische Konfliktlinien

Nach der politischen Wende in Ungarn gab es mehrere Szenarien für die außenpolitische Orientierung des Landes, aber nur eine hatte breite politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Unterstützung: der Beitritt zur euro-atlantischen Gemeinschaft – die Westintegration. Dadurch wurden auch die Aufgaben bestimmt, nämlich die Bedingungen zur NATO- und zur EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Zu den grundsätzlichen

1 Vgl. István Bibó, Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei (Aus dem Ungarischen von Béla Rásky), Frankfurt am Main 1992. Der Text erschien erstmals im Jahre 1946.

Argumenten gehörten auch die tausendjährige Tradition, die Kultur und die Geschichte Ungarns und es gab einen breiten politischen Konsens für diese Zielsetzung.²

Mit der Antall-Regierung (1990–1993) kam es zu einer Renaissance der Zwischenkriegszeit: die Stärkung der nationalen Identität und die Verantwortung für die Ungarn in den Nachbarländern. Mit dem Tod von Ministerpräsident János *Antall* zerfiel diese Koalition endgültig. Die sozialistische Nachfolgepartei konnte ab 1992 aus der sozialen Quarantäne ausbrechen und zwischen 1994–1998 wieder an die Macht kommen: Um ihre Legitimität zu stärken, haben sie die Liberalen in den Koalition eingeladen. Die sozialistisch-liberale Regierung von Gyula *Horn* hat eine eher liberale Wirtschaftspolitik betrieben. Die wirtschaftlichen Reformen haben zum Aufschwung geführt, aber die Regierung wurde 1998 durch eine national-konservative Regierung ersetzt. Die Orbán-Regierung hat sich auf die Antall-Regierung bezogen und die nationale Verantwortung für die Auslandsungarn betont. 2002 ist die Orbán-Regierung nach einem heißen Wahlkampf abgewählt worden. Die sozial-liberale Medgyessy-Regierung (2002–2004) und die folgende Gyurcsány-Regierung (seit September 2004) haben die Beziehungen zu den Auslandsungarn auf der Prioritätenliste nach unten gesetzt.

Die sozialistisch-liberalen Koalitionen nehmen eher die Gegenwart als Ausgangspunkt ihrer Tätigkeiten und akzeptieren die geopolitische und wirtschaftliche Lage des Landes als gegeben. Darin drückt sich aber nur eine mangelnde Aufarbeitung der Geschichte aus. Es ist für die Sozialisten äußerst problematisch, sich auf die Geschichte zu berufen, denn vielen Bürgern ist die Vorwendezeit noch lebendige Erinnerung. Auch in den Kampagnen werden von sozialistischer Seite eher die soziale Gerechtigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes thematisiert als nationale Solidarität. Auf sozialistischer Seite fehlt eine konsequente Aufarbeitung der jüngeren Geschichte. Das können die immer neuen Enthüllungen von Informanten der ungarischen Staatssicherheit und die darauf folgenden skandalumwitterten Debatten beweisen.³ Es ist für viele umstritten, ob die Geschichte bei den Liberalen thematisiert werden sollte, denn die liberale Partei ging zum Großteil aus der innenpolitischen Opposition hervor, und jetzt bilden sie mit den Sozialisten eine Koalition.

Für die Nationalkonservativen sind die historischen Wurzeln und die nationale Identität äußerst wichtig. Nach ihrer Argumentation können die Auslandsungarn nichts dafür, dass das Territorium, in dem sie leben, oder in dem sie geboren wurden, abge-

2 Vgl. Ferenc *Somogyi*, Euroatlanti integráció: folyamatosság és konszenzus a magyar külpolitikában, in: *Külpolitika*, Jg. 3, Nr. (1)/1997, S. 3–16, sowie Ferenc *Gazdag*, Szövetségtől szövetségig: Magyarország útja a Varsói Szerződéstől a NATO-ig, in: Ferenc *Gazdag/László J. Kiss* (Hrsg.), *Magyar külpolitika a 20. században*, Budapest 2004.

3 Für die Enthüllung über den berühmten Regisseur István *Szabó* vgl. András *Gervai*, Egy ügynök azonosítása, in: *Élet és Irodalom*, Jg. 50, Nr. (4)/2006, 27.1.2006. Über László *Paskai*, Kardinal und ehemaliger Erzbischof, vgl. Krisztián *Ungváry*, Mozgástér és kényszerpályák, in: *Élet és Irodalom*, Jg. 50, Nr. (5)/2006, 3.2.2006.

trennt worden ist. Dadurch, dass sie sich auch im Ausland als Ungarn identifizieren, ist der ungarische Staat ihnen gegenüber verpflichtet. Die Konservativen wollen eine Gleichstellung der Auslandsungarn mit den Ungarn erreichen oder zumindest eine Besserstellung gegenüber »normalen« Ausländern.

Westintegration

Die Westintegration Ungarns bedeutet eine scharfe Trennung von der Vorwendezeit und einen distanzierten Umgang mit Russland. Dies geschah durch die historischen Erfahrungen des Kommunismus und, weil Russland selbst das Erbe der Sowjetunion angetreten hat. Die Zurückhaltung gegenüber Russland ist also eher durch das kommunistische Erbe geprägt. Demgegenüber gibt es mit den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten das »gemeinsame Erlebnis« der kommunistischen Unterdrückung. Viele dieser Staaten sind Nachbarländer, und viele sind bereits Mitglieder der Europäischen Union, was die Handlungsmöglichkeiten Ungarns erweitert und sich auch schon bei der Vorbereitung von Entscheidungen auswirken kann.

Die Beziehungen Ungarns zu den Vereinigten Staaten sind untrennbar mit den Beziehungen zur nordatlantischen militärischen Organisation, der NATO, verbunden. Die Motivationen für die NATO-Mitgliedschaft war nicht die Vermeidung einer militärischen Bedrohung, sondern sie wurde eher als Teil der Westintegration betrachtet. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes befand sich Ungarn in einer Situation, in der es zu keinem militärischen Bündnis gehörte. Die Idee einer Neutralität ähnlich der der Schweiz wurde wegen wirtschaftlichen, geopolitischen und historischen Überlegungen schnell verworfen. Angesichts der Fähigkeiten des Landes im Sicherheitsbereich und im Rahmen der euro-atlantischen Integration wurde die NATO-Mitgliedschaft als sicherheitspolitisches Ziel vorausgesetzt.⁴

Während der Beitrittsverhandlungen hat Ungarn sein ganzes Militär in die NATO integriert. Sofort mit dem Beitritt (12. März 1999) gab es neue Herausforderungen für die ungarische Außenpolitik: Wegen der Eskalation der Kosovo-Krise hat die NATO ihren ersten militärischen Einsatz gegen Jugoslawien durchgeführt. Als neuer Bündnispartner sollte Ungarn an der Aktion beteiligt sein. Das hat aber für Ungarn erhebliche Probleme hervorgerufen, denn in der Vojvodina (in Nord-Jugoslawien) leben etwa 300 000 Auslandsungarn, die wegen der Bombardierungen mit eventuellen Vergeltungen rechnen mussten.

Politik gegenüber den Auslandsungarn

Eine der wichtigsten außenpolitischen Prioritäten ist die Beziehung zu den Auslandsungarn. Mit dem EU-Beitritt wurde das Problem noch komplexer, da nun einige

⁴ Vgl. Ferenc *Gazdag*, Szövetségtől szövetségig: Magyarország útja a Varsói Szerződéstől a NATO-ig., in Ferenc *Gazdag*/László J. *Kiss* (Hrsg.), Magyar külpolitika a 20. században, Budapest 2004.

Ungarn Vorteile aus der EU ziehen, andere Auslandsungarn (beispielsweise in der Ukraine oder Serbien-Montenegro) aber teilweise auch noch auf Jahre von diesen ausgeschlossen sind. Die Auslandsungarn, die in diesen Ländern leben, werden weiterhin ein Visum nach Ungarn (und in die EU) brauchen, und die Minderheitenpolitik dieser Länder gehört nach wie vor zu deren Souveränität. Die größte Frage der ungarischen Außenpolitik in diesem Bereich ist, wie die kulturellen und nationalen Verbindungen angesichts dieser unterschiedlichen Integrationsmodi über die EU-Grenzen hinweg aufrechterhalten und verstärkt werden können.

Ein Ausweg aus dieser Situation sollte das Statusgesetz sein, das 2001 verabschiedet wurde. Mit dem durch dieses Gesetz eingeführten Ungarischen Ausweis sollten für die Auslandsungarn bestimmte soziale und kulturelle Leistungen des ungarischen Staates zugänglich gemacht werden. Um die Beziehungen zu den Auslandsungarn zu stärken, haben die Konservativen die Idee der doppelten Staatsbürgerschaft auf die Agenda gesetzt und eine Volksabstimmung initiiert, die im Dezember 2004 stattgefunden hat. Allerdings war die Abstimmung nicht entsprechend vorbereitet – es gab keine wesentliche öffentliche Debatte über die Alternativen, über die Kosten und über die Perspektiven –, was zu einer geringen Wahlbeteiligung geführt hat.

In der Kampagne um die Abstimmung gab es zwei markante Positionen: die National-Konservativen waren Befürworter (wegen der Bewahrung der nationalen Identität und der Stärkung der Beziehungen zum Vaterland), die Liberalen und die Sozialisten heftige Gegner (vor allem wegen der unausgereiften Konzeption). Nach dem Scheitern der Volksabstimmung gab es zahlreiche Proteste von Auslandsungarn gegen die Haltung der sozial-liberalen Koalition. Seitdem wurde das Problem mit der Einführung des Nationalen Visums gemildert. Dieses Visum ermöglicht einen längeren Aufenthalt in Ungarn und einen schnelleren Zugang zur ungarischen Staatsbürgerschaft. Das Konzept des Visums ist die Erleichterung der Einreise und dadurch die Stärkung der nationalen und kulturellen Bindung zum Vaterland.

Fazit

In den sozialistischen Zeiten Ungarns dominierte die politische, wirtschaftliche und kulturelle Orientierung nach Osten. Nach der Wende gab es scharfe Kritik gegenüber den meisten strategischen, kulturellen und außenpolitischen Entscheidungen, die in den sozialistischen Zeiten getroffen worden waren. Neben der anfänglichen Isolierung der postkommunistischen Partei hat sich auch die Wahrnehmung der Geschichte stark verändert.

Neben dem Konsens der Westintegration sind die historischen Hintergründe in der ungarischen Außenpolitik besonders wichtig. Seit der Wende ist eine Renaissance des kulturellen Nationalismus eingetreten, wobei die größte Herausforderung – bezüglich der Außenpolitik – die Gestaltung der Beziehungen zu den Auslandsungarn und zu den Nachbarstaaten ist. In diesem Bereich fehlt der gesamtgesellschaftliche politische

Konsens. Je nach den Vorstellungen der jeweiligen Regierung kam diese Frage an die Spitze der außenpolitischen Prioritätenliste oder wurde in die Hintergrund gerückt.

Aus diesem Grundgedanken heraus lassen sich die unterschiedlichen außenpolitischen Handlungen der verschiedenen Regierungen ableiten. Die sozialistisch-liberale Koalitionen verfolgten viel stärker das wirtschaftliche Interesse des Landes. Die starke Kooperationsbereitschaft und die proeuropäische Einstellung der Sozialisten kann eventuell auch als Kompensation angesehen werden, damit sie beweisen können, dass die Vorwendezeit vorbei ist und sie eine moderne europäische Sozialdemokratie vertreten. Die kleine liberale Partei kann in einem europäischen Kontext einen viel markanteren Stil verfolgen. Die konservativen Regierungen haben ebenfalls eine historisch fundierte Westintegration im Auge, wollen jedoch im Sinne einer national definierten und uneingeschränkten Souveränität handeln. Die national-konservativen Regierungen haben viel distanziertere Positionen gegenüber der EU vertreten, was auch bei den Europa-Wahlen im Juni 2004 sehr gut beobachtet werden konnte.

Als EU-Mitglied sollte sich die ungarische Außenpolitik stärker für die Ostpolitik einsetzen und dadurch auch die Aufarbeitung der Geschichte vorantreiben. Dazu kann die Verstärkung der Wirtschaftskooperation mit den GUS-Ländern viel beitragen. Ungarn sollte die Minderheitenproblematik auch in der EU stärker vertreten. Durch die Miteinbeziehung des Europarats und anderer Länder mit bedeutender/n Minderheit(en) könnte dieses Problem thematisiert werden. Dies wären wichtige Schritte in Richtung eines verantwortungsbewussten und historisch sensiblen Handelns, die multilaterale Lösungen für die Situation der Auslandsungarn ermöglichen könnten.

Wie wirken historische Erinnerungen auf die Außenpolitik und Identität Litauens?

Jurgita Dapkutė

Die mittel- und osteuropäischen Staaten haben alle eine dynamische und komplizierte Geschichte, die untereinander viele Ähnlichkeiten aufweisen. Diese Ähnlichkeiten liegen jedoch nicht nur in der Vergangenheit, sondern werden auch im aktuellen außenpolitischen Handeln der mittel- und osteuropäischen Staaten deutlich.

Nach der Wirkung von historischer Erinnerung auf die außenpolitische Realität eines Landes zu fragen scheint sinnvoll, wenn dabei bestimmte Muster, Fehler, Regelmäßigkeiten zu finden sind und wenn eine Analyse dieser Wirkung außenpolitische Situationen vorhersagen könnte. Was nicht weniger interessiert, ist die Wirkung der Geschichte auf Identität, d.h. die Selbst- und Fremdwahrnehmung einer Nation, einer Gesellschaft.

Geographische Lage und die Größe Litauens waren wesentliche Bestimmungsfaktoren dafür, dass sich Litauen im Laufe der Geschichte mit verschiedenen Ansprüchen von machtsinteressierten Nachbarstaaten auseinandersetzen musste. Im Mittelalter musste es sich defensiv gegen die Christianisierung verhalten, später litt die Staatlichkeit durch die Angliederung an Polen (Lubliner Union von 1569), in der dritten Teilung Polens erhielt Russland Litauen und Kurland (1795), die erste unabhängige Republik (1918) war nur durch Anlehnung an Deutschland möglich. Durch geheime Zusatzprotokolle der deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 fiel Litauen (u.a. zusammen mit Estland und Lettland) der Sowjetunion zu, während des Zweiten Weltkrieges wechselten sich die Besatzungsmächte nacheinander ab. Fremde Besatzung bedeutete hier wie anderswo auch die daraus resultierende Vernichtung jüdischer Bevölkerung, Massendeportationen nach Sibirien, Exil der Intellektuellen, Enteignung der Landbesitzer – um nur einiges zu erwähnen.

Seit der im Jahre 1990 wiedererlangten Unabhängigkeit bekam Litauen schließlich eine Chance, sich auf der gegenwärtigen außenpolitischen Szene selbständig zu behaupten. Die Ausgangsbedingungen müssen hier betont werden: sowjetische Truppen auf dem Staatsgebiet,¹ Militärbasen und eine stark verschmutzte Umwelt, starke wirtschaftliche Verflechtung mit nur einem regionalen Schwerpunkt – sowie eine Zeit einer zwar patriotisch gesinnten, doch verwirrten postsowjetischen Gesellschaft.

Die außenpolitischen Erkenntnisse, die ein Staat durch historische Erinnerungen erworben hat, bestimmen in vielem die Selbst- und Fremdwahrnehmung dieses Landes, d.h. seine Identität in bezug zu anderen Nationen. Es führt zu landesspezifischem

1 Erst am 31. August 1993 verließen die letzten Sowjettruppen das Land.

Verhalten. Im Falle Litauens ist es ganz deutlich bei der Prioritätensetzung in der Außenpolitik, hier sind historische Entwicklungen in den jeweiligen zwischenstaatlichen Beziehungen zu bedenken.

Schwerpunkte litauischer Außenpolitik in Bezug auf geschichtliche Erfahrungen

Als ein souveräner Staat hat Litauen in den letzten 16 Jahren große Fortschritte im Bereich der Wirtschaftsreformen und der Einführung der Demokratie gemacht. Nach der Konsolidierung im Inland liegt der Schwerpunkt bereits auf einem Export dieser Erfolge in andere Staaten der Region.

All die 15 Jahre nach der Wende hat Litauen trotz des Wechsels von Regierungsparteien und nicht immer einfachen innenpolitischen Begebenheiten eine kontinuierliche und durchaus rational orientierte Außenpolitik demonstriert, die auf die Mitgliedschaft in EU und NATO sowie auf die Pflege guter nachbarschaftlicher Beziehungen in der Region, d.h. mit Polen, den baltischen und skandinavischen Ländern, der Russischen Föderation, der Ukraine und Weißrussland orientiert war. In den letzten zwei Jahren, nach dem Beitritt in die euro-atlantischen Strukturen, führt Litauen eine besonders aktive Politik zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Region.

Der EU-Beitritt war und ist einer der wichtigsten Pfeiler der litauischen Außenpolitik. Die Bevölkerung war zur Zeit des EU-Beitritts sehr proeuropäisch eingestellt. Die Rückkehr in die europäische Familie wurde als eine ziemliche Selbstverständlichkeit aufgenommen.² Der EU-Beitritt verschaffte Litauen neue Perspektiven der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit, sorgte aber auch für eine politische Eingebundenheit, die anfangs in manchen Fragen ziemlich ungewöhnlich war. So wurde aus Brüssel darauf hingewiesen, dass man keine Alleingänge toleriere, beispielsweise bei den Verhandlungen um das Visa-Waiver-Programm mit den USA oder während der Revolution in Orange im unmittelbaren Nachbarland Ukraine.

Bei den USA handelt es sich für Litauen um einen starken Verbündeten, der eine Sicherheitsgarantie darstellt. »Wer Litauen als Feind behandeln wird, wird die USA zum Feind haben«, so George W. *Bush* 2002. Bereits vor der Wende gab es in den USA rund eine Million Amerikaner litauischer Herkunft, die sich aktiv für das Ziel der erneuten

-
- 2 Das EU-Referendum vom 10. Mai 2003 über den Beitritt Litauens zur EU am 1. Mai 2004 war sehr gut vorbereitet und erbrachte mit 63,3% Wahlbeteiligung und über 90% Ja-Stimmen eine der EU-weit stärksten Mehrheiten für das gemeinsame Europa. Das litauische Seimas hat am 11. November 2004 als EU-weit erstes Parlament die EU-Verfassung ratifiziert.
 - 3 Die dreifarbig litauische Flagge verblieb all die 50 Jahre am Eingang zum Außenministerium der Vereinigten Staaten. Das historische Gebäude der litauischen Botschaft in Washington, DC, an der 16. Straße war im Jahr 1924 von der litauischen Regierung erworben worden. Die Jahre der sowjetischen Okkupation hindurch funktionierte hier die litauische Delegation, finanziert wurde der Unterhalt des Gebäudes mit Geld der litauischen und lettischen Immigranten.

Unabhängigkeit Litauens eingesetzt haben. Aufschlussreich ist auch der Fakt, dass die USA eines der wenigen Länder war, das teilweise eine Nichtanerkennungspolitik der sowjetischen Okkupation Litauens betrieben hat.³ Die Pflege enger Beziehungen zu den USA hat viel zum erfolgreichen Vollzug des NATO-Beitritts Litauens beigetragen. Gegenwärtig unterstreicht Litauen seine enge Verbundenheit mit den USA durch den Auslandseinsatz von insgesamt 270 Soldaten, durch das Engagement in Afghanistan und die Beteiligung mit etwa 100 Soldaten im Irak. Die starke Akzentuierung der transatlantischen Beziehung zu den USA in der Außenpolitik Litauens mag als starkes Gegengewicht gegenüber Ambitionen Russlands gelten, die baltischen Staaten in seiner Einflusszone zu halten.

Die geschichtlichen Erfahrungen in bezug auf Russland sind für Litauen durchaus wach und schmerzlich: Litauen hatte wider seinen Willen das Los einer Provinz des russischen Zarenreiches⁴ und eine fünf Jahrzehnte lange sowjetische Besatzung als Folge des Hitler-Stalin-Paktes (1939) erfahren. Der Fakt, dass Litauen der Sowjetunion entflohen ist, wird im Lande selbst bereits unterschiedlich ausgelegt. Die litauische Revolution kann möglicherweise als Aspekt der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR interpretiert werden, wo es für Litauen nur begrenzte Erfolgsaussichten in der politischen Machtkonstellation der Jahre 1990 und 1991 gab.⁵ Im Zeitraum vom 11. März 1990, als der Oberste Rat der Sowjetrepublik Litauen die Unabhängigkeit erklärte, bis zum 6. September 1991, als der sowjetische Staatsrat diese Unabhängigkeit anerkannte,⁶ war das Land einer großen Gefahr der Gewaltanwendung von Seiten Moskaus ausgesetzt.⁷ Die Furcht vor Versuchen Russlands, Litauen und die anderen baltischen Länder erneut unter seinen Einfluss zu bringen, bleibt in Litauen auch weiterhin ein sowohl innen- als auch außenpolitisch relevanter Faktor.

Heute bemüht sich Litauen in den Beziehungen zu Russland um eine konstruktive Zusammenarbeit in allen Bereichen. Als Beispiel kann die mit der Russischen Föderation erreichte Einigung über ein vereinfachtes Transitregime auf dem Weg zwischen dem russischen Hauptland und der Kaliningrad-Exklave durch Litauen hindurch dienen. Doch es wäre für Litauen undenkbar, diesen Erfolg ohne die EU alleine zu erzielen. Für Litauen war das Ergebnis von fundamentaler Bedeutung, weil ein rechtlich geordneter

⁴ Nach der dritten Teilung Polens im Jahr 1795.

⁵ Vgl. Friedrich *Satzmann*, Die litauische Revolution (Diplomarbeit, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck 2001). Die Verhandlungen, die zur Unabhängigkeit Litauens geführt haben, werden hier mit Methoden der Spieltheorie analysiert. Der Autor versucht eine Antwort auf die Frage zu geben, wie groß die Erfolgsaussichten einer Unabhängigkeit Litauens in der politischen Machtkonstellation der Jahre 1990 und 1991 waren. Seines Erachtens wäre es naiv, an die Unausweichlichkeit der Ereignisse zu glauben und dabei zu übersehen, dass auch sie den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit unterlagen.

⁶ Am 2. September 1991 erfolgte die Anerkennung der baltischen Staaten durch USA.

⁷ Am 13. Januar 1991, dem »Blutsonntag«, griffen die sowjetischen Truppen mit Panzern friedliche Demonstranten an, die den Fernsehturm in Wilna schützen wollten.

Zustand vereinbart wurde, der die litauischen Souveränitätsrechte im Transitverkehr wahrt. Gleichzeitig aber, als Voraussetzung für das Transitregime, wurde die Ratifizierung des litauisch-russischen Grenzabkommens und die Inkraftsetzung eines Rücknahmeabkommens mit Russland umgesetzt.

Wirtschaftlich ist die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen (Öl, Gas) groß, obwohl durch die Privatisierung der Energiesektoren versucht worden ist, das östliche und westliche Kapital zu diversifizieren. Litauen sieht ernste umweltpolitische Gefahren und klare geopolitischen Interessen in der Absicht Russlands, in der Ostsee vor der Kurischen Nehrung nach Öl zu bohren, und im Beschluss von Russland und Deutschland, die Ostsee-Pipeline zu realisieren.⁸ Wie sensibel die litauisch-russischen Beziehungen sind, verdeutlichen folgende Beispiele: das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Rolandas *Paksas* 2004 hat Zusammenhänge offenbart, dass die Interessen Russlands in Litauen sehr stark sind und dass viel Geld verwendet wird, um die Innen- und somit auch die Außenpolitik des Landes zu beeinflussen. Die Einladung des litauischen Staatspräsidenten, an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Sieges über das nationalsozialistische Deutschland am 9. Mai 2005 in Moskau teilzunehmen, hat eine Diskussion entzündet, die schließlich zur Absage des litauischen – und des estnischen – Präsidenten führte. Das alles hat die starke Polarisierung der Beziehungen zwischen den baltischen Ländern und Russland deutlich gemacht.

Zum Einfluss historischer Erfahrung auf nationale Identität

Insgesamt lässt sich damit bilanzieren, dass nicht so sehr Fragen der nationalen Identität die litauische Außenpolitik beeinflussen, sondern vielmehr die außenpolitischen Ereignisse der Geschichte. Dazu zählen auch die durch die Geschichte entstandenen Einsichten und hervorgerufenen Erinnerungen, die Identität und Mentalität der litauischen Gesellschaft heute noch prägen. Die Auffassung der Nation als einer ethnischen Zugehörigkeit, die mit den Begriffen von Staatlichkeit oder Souveränität nichts zu tun hat, lag den Litauern immer sehr nahe, sie half ihnen, ihre nationale Identität während der Okkupationsperioden zu bewahren.

Das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit war in der Wendezeit besonders stark ausgeprägt. Dieses Gefühl wurde in der Rhetorik instrumentalisiert, um die Bevölkerung durch bestimmte Texte und Symbole der Freiheit zu vereinen. Dadurch hat die litauische Gesellschaft Denkmuster erworben, die halfen, sich selbst, die Geschichte,

⁸ Es wurde ein gemeinsames Deutsch-Russisches Konsortium geschaffen, die »North European Gas Pipeline Company«, das Kontrollaktienpaket (51%) gehört der GAZPROM. Die Pipeline wird durch die Ostsee verlaufen, von Finnland bis Greifswald in Deutschland. Nach Finnland, Schweden, Dänemark, Großbritannien und Kaliningradgebiet u.a. sind Abzweigungen geplant. Die Inbetriebnahme der Gasleitung ist für 2010 vorgesehen. Der Wert des Projektes überschreitet vier Milliarden Euro.

Gegenwart und Zukunft zu kreieren.⁹ Heutzutage ist Freiheit zur Selbstverständlichkeit geworden, manche stellen sie gar in Frage und pflegen eine Nostalgie der Sowjetzeiten. Öffentlich wird die sowjetische Zeit abgelehnt, dadurch wird jener Teil der Gesellschaft, der dem sowjetischen Modell der Ideologie und Selbstwahrnehmung verhaftet ist, ausgegrenzt, als ob sie ihr Leben an einer Leerstelle gelebt hätten, in einer Zeit, die es nie gab. Die Epoche der sowjetischen Okkupation wird noch nicht als ein integraler Bestandteil der litauischen Geschichte des 20. Jahrhunderts betrachtet.

Die Statistik zeigt, dass im heutigen Litauen nur jeder Dritte sich als Litauer identifiziert, die anderen sehen sich vor allem als Einwohner eines bestimmten Ortes.¹⁰ Das Gefühl einer nationalen Zusammengehörigkeit ist nicht mehr populär. Patriotischer ist derjenige Teil der Bevölkerung, der einen besseren Lebensstandard genießt, enttäuscht sind diejenigen, deren Lebenserwartungen nicht der wirklichen Lage entsprechen. Die Unzufriedenheit über die gesunkene Lebensqualität und die politische Entfremdung der Bevölkerung ist in der Innenpolitik des Landes sehr spürbar. Die Parteien wechseln, aber sie sind nicht in der Lage, die Unterstützung für sich und die Demokratie zu sichern und sie zu akkumulieren, die Bürger vergleichen die gegenwärtige Lage nicht mit der Regierungszeit der Opposition, sondern mit dem vorherigen Regime.¹¹ So entsteht ein für Populisten geeignetes Milieu, um in der großen Politik aufzutauchen.¹²

Das Tempo und Ausmaß der Veränderungen, denen die Gesellschaft heutzutage ausgesetzt ist, sind schwer aufzuarbeiten; natürlich fällt es schwer, ein einheitliches Selbstbild, eine Identität zu entwickeln. Gesellschaftliche Entfremdung, politische Apathie, Identitätskrise sind Ergebnis einer dynamischen Transformationsperiode, die alle Bereiche des Lebens in Litauen, ähnlich wie den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, umfasst. Dies hat keine direkte Wirkung auf die Außenpolitik, deren Richtung klar und Prioritäten einleuchtend sind. Doch die neuen Gegebenheiten der Außenpolitik, wie z.B. die Mitgliedschaft in der EU (das Aushandeln in einem großen Apparat, die nicht festgelegten Werte) werden neue Herausforderungen vor allem an die Gesellschaft stellen. Der Versuch, sich selbst, die eigene Nation und ihre Identität in der heutigen Welt zu verstehen, wird noch komplexer.

Handlungsempfehlungen

Multilaterale Bündnisse bieten kleineren Staaten, wie z.B. Litauen, gute Voraussetzungen dafür, eine ausgeglichene und die nationalen Interessen schützende Außenpolitik

9 Vgl. Neringa *Klumbyte*, Genealogien der Befreiung: Nation, Freiheit und der Mensch im postsowjetischen Litauen, 2003–2004, <<http://www.akiraciai.lt/news/,44164>>.

10 Vgl. Linas *Eriksonas*, Wonach wird die Nationalität gemessen?, 20.5.2004, über: <<http://www.litua.com>>.

11 Vgl. Aine *Ramonaite*, Die Beziehung von Bürgern und dem Staat in der postkommunistischen Demokratie – eine Analyse politischer Verfremdung in Litauen, Doktordissertation. Institut für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft, Universität von Vilnius, 2005.

12 So gründete der russische Millionär Viktor *Uspaskich* kurz vor den Wahlen eine neue »Arbeitspar-

zu führen. Angesichts der historischen Erfahrung von Fremdbestimmung durch hegemonale Nachbarstaaten ist dies besonders zufriedenstellend.

Wegen der komplizierten und oft schmerzlichen historischen Erfahrungen Litauens ist eine intensive EU-Politik ostwärts (gegenüber der Ukraine, der Republik Moldau, den drei Kaukasus-Republiken Armenien, Georgien, Aserbaidshan und schließlich Weißrussland) besonders gut begründet. Dabei gilt es aus der Vergangenheit zu lernen. Wenn damals eine regionale Einseitigkeit falsch war, kann sie heute nicht richtig sein. Aber für eine wirtschaftlich, politisch und sozial gesicherte Nachbarschaft der EU bedarf es der Verbreitung von Demokratie und der praktischen Hilfe beim Umsetzen von wirtschaftlichen und sozialen Reformen. In der EU sieht Litauen seine Stärke darin, dass es die östlichen EU-Nachbarn wegen ähnlicher Erfahrungen besser versteht. Praktisch wird die Zusammenarbeit durch politische und militärische Konsultationen durchgeführt, durch Austausch und Bildung auf verschiedenen Ebenen, durch Vermittlung in Sachen Demokratie, durch die Fürsprache für die Integrationsziele dieser Länder in die EU und NATO.

Außen- wie Innenpolitik wird u.a. von demokratisch gewählten Politikern betrieben. Nur eine ausgebildete, tolerante Zivilgesellschaft, die die Geschichte und Gegenwart ihres Landes kritisch aufzuarbeiten weiß, wird im Stande sein, globalen wie regionalen Herausforderungen zu begegnen.

teis«, die eine Mehrheit in den letzten Parlamentswahlen 2004 bekommen hat. Später, nach einem Skandal, ist *Uspaskich* vom Posten des Wirtschaftsministers zurückgetreten.

Polnische Außenpolitik als Geisel der Geschichte?

Zum aktuellen Befremden in den Beziehungen zu Deutschland

Patrycja Sokołowska

Einführung

Historische Erfahrungen und die geographische Lage haben bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung und Ausrichtung der Außenpolitik Polens. Besonders durch Ereignisse, in denen der deutsch-russische Faktor eine große Rolle gespielt hat (die Teilungen Polens 1772-1795, die preußisch-russische Kooperation bei der Niederschlagung des Kosciuszko-Aufstands 1794, des Januar-Aufstandes im Jahr 1863/64, des weiteren der Ribbentrop-Molotow-Pakt und der deutsche Überfall auf Polen 1939, der Zweite Weltkrieg, die Vertreibungen, der Kommunismus und die Repressionen), werden Erinnerungen an Schreckliches geweckt und in der politischen Gegenwart Vergleiche zu Geschehnissen aus der Vergangenheit gezogen. Heftige Diskussionen über längst Verflonesen beeinflussen die außenpolitischen Positionen Polens und beschwören erneut historische Angstbilder herauf, in denen das Land immer wieder zur Geisel gemacht wurde. Dieses Trauma spiegelt sich in der neueren außenpolitischen Identitätssuche Polens wider und erklärt die Suche nach sicheren Bündnissen und starken Partnern wie der NATO, den USA oder der EU, die Polen Souveränität und Schutz vor erneuter Unterdrückung garantieren könnten.

Welche Rolle spielen diese Erinnerungen an die Vergangenheit in der außenpolitischen Identität Polens? In diesem Beitrag wird versucht, auf diese Frage zu antworten und die Auswirkungen der politischen Diskussion auf die Entwicklung der außenpolitischen Identität Polens in jüngster Vergangenheit zu zeigen. Im Verlauf meiner Arbeit gehe ich konkreter auf den Einfluss der Debatte um das »Zentrum gegen Vertreibungen« auf die deutsch-polnischen Beziehungen im transatlantischen Rahmen ein. Alle Beispiele sollen generell zeigen, inwieweit historische Erinnerungen das gesamte politische und öffentliche Leben beherrschen können und welche Gefahren und Chancen für den Charakter und die Gestaltung der Grundkonzeptionen der Außenpolitik eines Staates (hier Polens) entstehen können.

Alte Wunden: das »Zentrum gegen Vertreibungen« – Ursachen einer Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen

Vertreibung und Heimatverlust trafen Deutsche und Polen gleichermaßen. In die vormaligen deutschen Gebiete, deren ehemalige Bewohner im Westen Deutschlands ein neues Zuhause finden mussten, wurden polnische Menschen angesiedelt, deren ursprüngliche Heimat im Osten Polens wiederum von den Sowjets besetzt wurde. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde mit der Aufarbeitung dieser Problematik begonnen, so dass man Ende der neunziger Jahre hoffen durfte, dass die Diskussion über die Völkervertreibung, die seit 1989 in Polen geführt wurde, doku-

mentiert und abgeschlossen sei. Das Verhältnis zwischen den beiden Ländern wurde durch den »Vertrag über die Bestätigung der zwischen beiden Staaten bestehenden Grenze« vom 14. November 1990¹ und den »Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« vom 17. Juni 1991² bestimmt.

Seit Beginn des Jahres 2000 ist zu spüren, dass in Polen auf das Wiederaufkommen der Erinnerung an die historischen Ereignisse äußerst sensibel reagiert wird und dass Polen und Deutschland immer noch Schwierigkeiten mit ihrer Vergangenheitsbewältigung haben. Auslöser dafür war der unter anderem von Erika *Steinbach* lancierte Vorschlag für ein Berliner »Zentrum gegen Vertreibungen«, einem Dokumentationszentrum, das an Vertreibung erinnern sollte. Das Zentrum und seine Nähe zum »Bund der Vertriebenen« wurde in Polen einerseits als ein Versuch zur Relativierung der bisherigen Geschichte gesehen, andererseits als eine Art »historischer Bestätigung« der als negativ angesehenen aktuellen politischen Aktivitäten Deutschlands gegenüber Polen.

Seit Initiierung des Berliner »Zentrums gegen Vertreibungen« spricht man in Polen nicht mehr über eine Versöhnung zwischen Polen und Deutschland. Obwohl der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard *Schröder* eindeutig erklärt hatte, dass die individuellen Vermögensansprüche, die von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland geltend gemacht werden, von der deutschen Bundesregierung nicht unterstützt werden, hat diese unselige Diskussion über Vertreibungen und Kriegsreparationen im Kontext des Zweiten Weltkrieges eine äußerst negative Wirkung in der polnischen Gesellschaft und Politik erzielt und erneut Elemente des Misstrauens hervorgerufen, die zur Verunsicherung und Destabilisierung der polnisch-deutschen Beziehungen beitragen. Das führte dazu, dass man auf beiden Seiten der Oder von einer Krise in den gegenseitigen Beziehungen spricht, in der das Misstrauen der Polen gegenüber Deutschland ausgedrückt wird. In Polen verbreitet sich eine Verunsicherung bezüglich der deutschen Politik und es entsteht eine Vertrauenskrise. Man hat Angst vor einer Relativierung der Folgen des Zweiten Weltkrieges bezüglich der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die sich auf den Verlauf der westlichen Grenze Polens beziehen.

Obwohl Polen seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU ist, nimmt die Emotionalität im Kontext der stets problembeladenen deutsch-polnischen Geschichte wieder zu. Letztendlich beherrschen diese stark gefühlsbetonten Diskussionen das öffentliche Leben in Polen. Obwohl einige Publizisten und Politiker in Polen mahnen, nicht in eine Angstpsychose zu verfallen, da es sich bei den Unruhestiftern in Deutschland nur um eine verschwindend kleine Gruppe handle und weil sich sowohl die polnische als auch die deutsche Regierung von irrationalen und unsinnigen Forderungen distanzieren, verabschiedete das polnische Sejm am 10. September 2004 eine Resolution zu den deutsch-polnischen Beziehungen. Die polnische Regierung wurde dazu aufgerufen, für die während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg angerichteten Schäden Re-

1 Vgl. den Text in: *Europa-Archiv (EA)*, Nr. 13/1991, S. D 310–D 311.

2 Vgl. den Text in: *EA*, Nr. 13/1991, S. D 315–D 325.

parationen zu fordern. Als Reaktion darauf folgte eine Drohung der Preußischen Treuhand³ und anderer Kreise deutscher Vertriebenen, eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof bezüglich der Beschlagnahmung ihres Vermögens einzureichen.⁴

Trotz der in letzter Zeit intensiveren gegenseitigen Beziehungen und dem entschlossenen polnischen Willen, gemeinsam mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Zukunftsformel für die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu finden, die endgültig die Belastungen der Vergangenheit abschließt und qualitativ neue Perspektiven für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland eröffnet,⁵ zeigt sich das Verhältnis der beiden Ländern durch diese historischen Probleme immer noch stark belastet. Diese Ungereimtheiten sind eine Konsequenz der Dynamik der Entwicklungen im internationalen System und eine Folge der neuen Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss. Die Existenz von Differenzen dieser Art ist zwar durchaus eine Normalität, aber ihre Intensität und die Tatsache, dass sie sich auf die wichtigsten Determinanten der polnischen Außenpolitik konzentrieren, sind Grund zur Beunruhigung. Zu diesen Problemen gehören: Der Krieg im Irak und die Rolle der USA in Europa, das Problem der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die Europäische Verfassung und die Entwicklung der EU zu einer Gemeinschaft »der zwei Geschwindigkeiten« und nicht zuletzt die enge deutsch-russische Zusammenarbeit.

Abwehrreaktionen: USA und NATO als Garanten der Sicherheit Polens vor der »Gefahr« deutsch-russischer »Sonderwege«

Als Reaktion auf die schmerzhaften Erfahrungen in der Geschichte Polens entwickelt sich im Lande eine Suche nach einer neuen Identität, die sich auch in der polnischen

3 Die Preußische Treuhand GmbH & Co. KG a.A. ist eine »kommerzielle Vereinigung zur Durchsetzung von Vermögensansprüchen« enteigneter Deutscher in den ehemaligen deutschen Ostgebieten (die heute zu Polen bzw. zur Tschechischen Republik gehören). Sie ist nach eigener Aussage eine »Selbsthilfeorganisation der Vertriebenen«, die private und individuelle Eigentumsansprüche sichern und geltend machen will. Die Preußische Treuhand fordert ausdrücklich keine finanzielle Entschädigung, sondern die Rückgabe der nach dem Zweiten Weltkrieg enteigneten Güter und Besitztümer, vgl. <<http://www.preussischetreuhand.de.vu/>>. Vgl. dazu auch Burkhard Hess, Geschichte vor den Richter! Entschädigungsfragen im deutsch-polnischen Verhältnis, DGAPanalyse, Januar 2005, Nr. 1.

4 Als Reaktion auf die Preußische Treuhand ist in Polen die »Polnische Treuhand« entstanden. Sie will den deutschen Staat auf Entschädigung für die Vertreibungsverbrechen verklagen, die an Polen nach dem Einmarsch der Wehrmacht begangen wurden. Eine der Gründungsinitiatoren und Vorstandsmitglieder ist Dorota *Arciszewska-Mileuczyk*, die nicht nur Mitglied der Regierungspartei »Recht und Gerechtigkeit« ist, sondern auch Abgeordnete im Senat (der zweiten Kammer des Polnischen Parlaments), vgl. <<http://www.powiernistwo-polskie.pl>>.

5 Vgl. die Regierungsinformation über die polnische Außenpolitik, vorgestellt vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, Adam Daniel *Rotfeld*, während der Sitzung des Sejms am 21. Januar 2005, unter <http://www.msz.gov.pl/Wystapienie_Ministra_w_jezyku_niemieckim,1163.html>.

Außen- und Sicherheitspolitik bemerkbar macht. Ein Beispiel für das schlechte Klima der bilateralen Beziehungen und das verlorene Vertrauen zeigt sich auch in der Unterstützung der USA durch Polen während des Irak-Krieges und der intensivierten, weiteren⁶ Annäherung Polens an die USA. Das gegenseitige Misstrauen konnte man auch im Verlaufe der Diskussion über die entscheidende Rolle der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Sicherheitsgarant der europäischen Länder deutlich spüren.

Polen hat im Irak-Krieg die USA politisch unterstützt und sich selbst aktiv daran beteiligt. Diese Entscheidung war eine logische Konsequenz der traditionell freundlichen Ausrichtung der polnischen Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten. Durch seine Irak-Politik stellte Polen einerseits seine besondere Loyalität gegenüber der Regierung in Washington unter Beweis und zeigte andererseits gleichzeitig reservierte Zurückhaltung gegenüber den außenpolitischen Vorstellungen der rot-grünen Bundesregierung. Die Regierung in Berlin hatte die Irak-Politik der USA heftig kritisiert und wurde aus diesem Grund als unzuverlässiger Partner der USA angesehen. Warschau war irritiert, dass die rot-grüne Bundesregierung unvermittelt die elementare Grundlage des deutschen Erfolgs und Wohlstands, nämlich die transatlantischen Beziehungen, in Frage stellte. Dieses Verhalten löste in Polen grundsätzliche Bedenken aus, ob man dem Nachbarn generell über den Weg trauen könne.

Durch das Engagement im Irak wollte Polen auch verhindern, dass es zu einer Verringerung des Einflusses und des Ansehens der USA in Europa kommt. Das hätte bedeutet, dass die ESVP eine größere Rolle in Sicherheitsfragen gewinnen würde. Deutschland und Frankreich würden im Sicherheitsbereich der EU/ESVP eine dominierende Rolle übernehmen, die nicht den Interessen Polens entspreche. Diese beiden Länder beabsichtigen, das Gewicht der USA in der Sicherheitspolitik der EU zu verringern, indem sie die Stärkung der militärischen Komponente der EU vorantreiben. In diesem Zusammenhang war das Verhalten im Irak-Krieg ein Indikator für die Position Warschaws bezüglich der EU (ESVP). Deutschland dagegen galt immer als ein entschiedener Befürworter einer verstärkten und strukturierten Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP. Mit dem Vertrag von Nizza (dieser ermöglicht den Staaten der EU, anspruchsvollere Kriterien im Bezug auf militärische Fähigkeiten zu erfüllen, untereinander weiter gehende Verpflichtungen einzugehen) entstanden in Polen erneut Ängste vor einer Entwicklung zu einem »Europa der zwei Geschwindigkeiten«. Wiederum baute sich großer Argwohn gegenüber Deutschland auf. Für die Regierung in Warschau soll die Europäische Union im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur eine Ergänzungsrolle zur NATO spielen.

6 Die strategische Partnerschaft mit den USA und die Mitgliedschaft in der NATO zählen zu den wichtigsten Faktoren der polnischen Außenpolitik. Das leitet sich aus dem Umstand ab, dass für Polen der Artikel 5 des Washingtoner Vertrags von großer Bedeutung ist. Die dort garantierte »Kollektive Verteidigung« schützt Polen im Falle eines Angriffes vor einer gefährlichen Isolation.

Es ist die Präsenz der USA, die in Mittel- und Osteuropa ein Gegengewicht zur deutsch-russischen Zusammenarbeit darstellt. Polen hat prinzipiell Angst, dass Russland in Zukunft zu großen Einfluss auf die innen- und außenpolitischen Entscheidungen der EU gewinnt, vor allem dann, wenn es zu einzelnen Staaten besondere Beziehungen pflegt. Diese besonderen Beziehungen wurden deutlich, als Gerhard *Schröder* und Wladimir *Putin* das Projekt einer Erdgaspipeline durch die Ostsee vorantrieben und damit Belarus, Polen und die Ukraine umgingen, die auf Einnahmen aus dem Gas-transport durch ihre Länder angewiesen sind. Die deutsch-russische Zusammenarbeit über die Köpfe anderer hinweg und die Missachtung ihrer elementaren Interessen wurden in diesen Staaten mit großem Befremden und erheblicher Enttäuschung aufgenommen. Die Vorgehensweise bei der Errichtung der Pipeline wird im heutigen Polen als Beispiel des Beginns einer permanenten Bedrohung gesehen und hat Ängste vor einer Neuauflage deutsch-russischer Allianzen erzeugt, die sich negativ auf die internationale Stellung Polens auswirken könnten. In diesem Zusammenhang gehört zu den außenpolitischen Zielen Warschaws der Aufbau einer stärkeren gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der EU, um »nationalisierte« Außenpolitiken und deutsche Alleingänge in Zukunft zu vermeiden.

Gestaltungswillen: Beeinflussung der EU-Ostpolitik – Schaffung einer »Östlichen Dimension«

Ein weiterer wichtiger Aspekt der außenpolitischen Aktivität Polens ist die Pflege der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten mit dem Ziel der Sicherung ihrer Gebiete vor einer drohenden Reintegration mit Russland und vor zu großem politischem und ökonomischem Druck durch die Großmacht. Dies zeigt sich unter anderem in der sehr engen politischen und strategischen Zusammenarbeit mit der Ukraine⁷ und einer aktiven Beeinflussung des Demokratisierungsprozesses in Weißrussland.⁸

Zu den Hauptzielen polnischer Ostpolitik im Rahmen der EU gehört die Schaffung einer »Östlichen Dimension« der EU.⁹ Als Muster hierfür gilt die »Nördliche Dimensi-

7 Ein großer Erfolg waren die Vermittlungsbemühungen im Zusammenhang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen durch Präsident Aleksander *Kwaśniewski* im Herbst 2004 und die Tatsache, dass es ihm gelungen ist, Vertreter der Europäischen Union für die Unterstützung der »Orangen Revolution« in der Ukraine zu gewinnen.

8 Die Ereignisse vom März 2006 bestätigen diese Unterstützung. Wenige Wochen vor der Präsidentschaftswahl wurde von Polen aus ein Radioprogramm im östlichen Polen gestartet, um die weißrussische Opposition zu unterstützen und die Bevölkerung mit unabhängigen Informationen zu versorgen. Dieses Programm wurde vom polnischen Staat finanziert.

9 Um eine aktive und verantwortliche Rolle bei der Schaffung und Umsetzung einer Östlichen Dimension der EU-Außenpolitik zu übernehmen, hat die polnische Regierung ein »Konzept für eine EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarn« in Brüssel vorgestellt, das diese Grundziele und -prinzipien skizziert und das im Mai 2003 durch ein weiteres Papier »Die neuen Nachbarn« ergänzt wurde, siehe Non-paper z polskimi propozycjami w sprawie przyszłego kształtu polityki Unii Europejskiej wobec nowych wschodnich sąsiadów, Ministerstwo Spraw Zagranicznych RP, styczeń 2003, MSZ RP, über: <<http://www.msz.gov.pl>>, Stand 10.11.2005.

on« der EU. Diese »Östliche Dimension« der EU soll einen Handlungsrahmen für die Beziehungen zu den postsowjetischen Ländern bilden.

In diesem Zusammenhang bemüht sich die polnische Außenpolitik darum, dass in der Europäischen Politik nicht nur das Interesse Russlands, sondern auch die Belange anderer GUS-Staaten berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sieht das polnische Außenministerium sein vornehmliches Ziel darin, einen Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheit und des Wohlstands im Osten zu leisten, der nur durch die Überwindung der Kluft zwischen den Staaten der erweiterten EU und deren östlicher Nachbarn errungen werden kann. Es ist Polen natürlich auch wichtig, dass Russland möglichst eng mit Europa, den NATO-Staaten und der Europäischen Union verbunden ist. Warschau will aber auf jeden Fall verhindern, dass sich die Außenpolitik der EU allein auf die Interessen Russlands beschränkt. Warschau versucht also Brüskierungen von Mitgliedstaaten wie bei den Vorgängen um den deutsch-russischen Vertrag über die Ostsee-Pipeline zu vermeiden.

Schlussbemerkungen und Handlungsempfehlungen

Polen stand in seiner Geschichte mehrmals unter der Herrschaft und dem Einfluss von Großmächten. Aufgrund seiner überaus schmerzlichen Erfahrungen hat das Land Lehren aus seiner Geschichte gezogen und versucht derzeit, jede kritische Situation zu vermeiden, durch die es in eine Isolation geraten könnte. Im Bewusstsein der politischen Eliten ist die historisch begründete Angst vor einem gewaltsamen Eindringen fremder Kräfte in die Gebiete Polens fest verwurzelt. Das zeigen nicht nur die Debatten über das »Zentrum gegen Vertreibungen«, sondern auch die Ereignisse um den Vertrag über die Ostseepipeline. Auch bei den Verhandlungen, die den polnischen EU-Beitritt im Rahmen der Übergangsphase regeln sollten, war die polnische Urangst vor einem Ausverkauf heimatlichen Bodens den Beteiligten allzu deutlich.

Wir benötigen also sehr viel Zeit und Geduld, um diese historischen Altlasten aufarbeiten zu können. Dabei ist ein ehrlicher Wille und ein gemeinsames Bestreben beider Seiten die Grundvoraussetzung für ein positives Gelingen. Solange der »Bund der Vertriebenen« – obwohl er um die Empfindsamkeit der polnischen Bevölkerung in diesen emotionsgeladenen Fragen weiß – die Idee des Zentrums forcieren und durchsetzen will, werden die Beziehungen Polens zu seinem westlichen Nachbarn von Vertrauensverlust und Krisen gekennzeichnet sein. Die Lösung der deutsch-polnischen Probleme wird noch intensiveren Dialog und noch mehr gegenseitiges Verständnis benötigen. An den Auswirkungen von Geschichte, an Erinnerungen und Befürchtungen kann man nichts ändern, man kann nur durch Kooperation langsam Vertrauen schaffen. Weder in Deutschland noch in Polen sollte man Politik mit Krieg, Vertreibung und Geschichte machen, nur um damit innenpolitisch zu punkten, um Gerechtigkeit oder vermeintliche Gerechtigkeit herzustellen. Das Thema eignet sich einfach nicht dafür, und Polen und Deutschland haben viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Die Gemeinsamkeiten sollte man hervorheben.

Deutschland sollte gemeinsam mit Polen für eine »Östliche Dimension« der EU eintreten und die Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur, Demokratisierung, Menschenrechte weiterentwickeln. Als eine gute Plattform für eine Intensivierung der bi-, tri- und multilateralen Beziehungen könnte das Weimarer Dreieck dienen. Das Weimarer Dreieck sollte als ein mögliches Instrument genutzt werden, um beispielsweise eine gemeinsame Haltung gegenüber Russland und Belarus zu erarbeiten.

Außenpolitische Herausforderungen für Mitteleuropa durch Belarus

Wolfgang Sender

Belarus als Nachbar Mitteleuropas

Fragt man nach der Wirkung historischer Erinnerungen in den heutigen Außenpolitiken mitteleuropäischer Staaten, gerät bei der Beschäftigung mit Polen und Litauen relativ rasch Belarus ins Blickfeld der Betrachtungen. Seit der EU-Mitgliedschaft Polens und Litauens haben beide Länder ihre Außenpolitik zu diesem Nachbar wesentlich intensiviert – und nehmen dabei Bezug auf historische Erinnerungen.

Im Gegensatz zu seinen Nachbarn hat sich Belarus unter Präsident Alexander *Lukaschenko* in weitgehende außenpolitische Isolation begeben, nur nach Russland ist die Tür einen Spalt breit geöffnet. In Belarus selbst bleibt diese Politik nicht ohne Widerspruch. Im Unterschied zu *Lukaschenko* sieht die politische Opposition ihr Land aufgrund seiner Geschichte und geographischen Lage als Teil Mitteleuropas. »We'll be in Europe because we are Europe",¹ fasste *Lukaschenkos* Gegenkandidat für das Präsidentenamt, Alexander *Milinkjewitsch*, seine Vorstellung der belarussischen Identität und außenpolitischen Zielsetzung zusammen. Andere Teile der Opposition betonen viel stärker und radikaler als *Milinkjewitsch*, dass sich Belarus von Russland lösen sollte und die Zukunft in der EU die einzige Perspektive für das Land sei.

Auch die Nachbarn Weißrusslands, allen voran Litauen und Polen, wünschen sich eine Öffnung des Landes. Rationale Motivationen sind dabei die Überwindung der Randlage dieser Staaten in der EU, neue wirtschaftliche Perspektiven und die Erleichterung familiärer Austauschbeziehungen. Gleichfalls zählen für diese Staaten aber auch historische Erinnerungen zu den Beweggründen. Russland und Belarus sind diejenigen Staaten mit den geringsten politischen Freiheiten in Europa und ziehen damit neue Trennlinien in Europa. Zudem wird es als Gefahr angesehen, dass Russland durch die Russisch-Belarussische Union wieder größeren wirtschaftlichen und militärischen Einfluss am Rande Mitteleuropas gewinnen kann. Dies ruft in Polen und Litauen zumindest unterschwellig schlechte Erinnerungen an die Vergangenheit hervor. Beide Staaten verbinden mit ihrer derzeitigen Situation aber auch eine weitere historische Erinnerung: Erstmals seit langem sind sie in der Lage, als souveräne Nationalstaaten selbstbestimmte Außenpolitik im nationalen Interesse durchzuführen und damit Einfluss auf ihre Nachbarn auszuüben. Unrühmliche Zeiten, in denen Polen und Litauen von den beiden großen geopolitischen Spielern Deutschland und Russland bestimmt wurden, dürften auch heute noch als Beweggründe für eine eigene Gestaltung der Nachbarschaft gelten. Das erfolgreiche Agieren polnischer und litauischer Politiker

1 So Alexander *Milinkjewitsch* auf einer Wahlkampfkundgebung in Gomel am 15. März 2006, zitiert nach BelaPan (englischer Pressedienst), Ausgabe vom 15.3.2006.

während der Revolution in der Ukraine war hierfür exemplarisch. Die Unterstützung der Revolution in Orange hat nicht nur die Handlungsmöglichkeiten, sondern auch die Zielsetzung der Außenpolitik Polens und Litauens in dieser Region deutlich gezeigt: Sie sind an demokratischen, proeuropäischen Ländern an ihrer östlichen Grenze interessiert, die zur Stabilisierung der Region unverzichtbar sind. Als Nachbarstaaten haben sie eine hohe Chance, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Belarus gehört zu werden. Auch wenn die gemeinsame belarussisch-litauisch-polnische Geschichte vor etwa 200 Jahren zunächst durch die Vorherrschaft Russlands und später der Sowjetunion beendet wurde und auf belarussischer Seite durchaus gewisse Ressentiments gegenüber Polen anzutreffen sind, möchte gerade Polen diesen Faden der Geschichte wieder aufnehmen.

Gespannte Beziehungen

Während die Unterstützung bei der Demokratisierung und Öffnung in der Ukraine erfolgreich war, treffen sie beim belarussischen Präsidenten *Lukaschenko* auf stärkste Gegenwehr. Im Juli 2005 ließ *Lukaschenko* das Gebäude des Bundes der Polen in Belarus stürmen und Aktivisten verhaften, die für die polnische Minderheit (immerhin rund zehn Prozent der weißrussischen Bevölkerung) im Bereich Bildung, Geschichte, Kultur, Religion und Sprache tätig waren.² Offenbar sah *Lukaschenko* in diesem Verband – analog zur Europäisch-Humanistischen Universität (EHU) – eine Möglichkeit innenpolitischer Opposition und damit einer Gefährdung seiner Machtbasis. Der folgende handfeste diplomatische Skandal zeigte nicht nur seine Bereitschaft zum offenen Konflikt mit Polen, sondern auch den Willen Polens für eine härtere Linie. Litauen andererseits beheimatet inzwischen nicht nur die durch *Lukaschenko* geschlossene frühere private EHU, die sich durch ein hohes Maß an Internationalität und freiem Denken auszeichnet, sondern fährt einen ganzen Fächer politischer Unterstützung für die politische Opposition in Belarus auf. Hierbei sind die USA Finanzier und mehr noch Ideengeber und rufen dadurch herbe Kritik *Lukaschenkos* hervor. Er fühlte sich unter anderem genötigt, angebliche Umsturzpläne zu verurteilen, die gegen ihn in Litauen vorbereitet worden seien. Belarus habe genug Erfahrungen und die Geschichte sei nicht vergessen, dröhnte er Richtung Wilna.³

Die außenpolitischen Beziehungen Polens und Litauens zu Belarus unterscheiden sich damit systematisch von den Nachbarschaftsbeziehungen anderer mitteleuropäischer Staaten. Nicht das Management politischer Austauschprozesse zwischen etwa gleichgestellten Staaten, sondern der Versuch der Änderung des politischen Systems in Weißrussland sind Hauptinhalte der Außenpolitik Litauens und Polens mit Blick auf Belarus. Dass diese Bedrohung für *Lukaschenko* noch nicht manifest wurde, dürfte

2 Vgl. Rainer *Lindner*, Selbstisolierung von Belarus, SWP-Aktuell 43 (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2005).

3 Vgl. ebenda.

vor allem am geringen Engagement der EU insgesamt liegen. Im Unterschied zur USA, die das Ziel der Demokratisierung in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion immer deutlicher auf ihre Fahnen schreiben, erkundet die EU als direkter Nachbar mit ihrer zurückhaltenden Strategie der vorsichtigen Förderung der Zivilgesellschaft derzeit eher, wie weit sie überhaupt als einheitlicher außenpolitischer proaktiver Akteur handeln kann, wenn einzelne Mitgliedsstaaten mit Rücksichtnahme auf Russland zu unterschiedlich starken Maßnahmen gegenüber Belarus bereit sind. So ist zu erklären, weshalb es nicht einen gemeinsamen EU-Radiosender für Belarus gibt, sondern Polen mit einer eigenen Lösung nach vorne geprescht ist – und die GASP gegenüber Belarus möglicherweise nicht so zum Tragen kommt, wie es sein könnte.

Historische Erinnerungen

Historische oder regionale Gemeinsamkeiten mit westlichen Nachbarn, die die Opposition betont, spielen in der Politik *Lukaschenkos* keine Rolle mehr. Mit der Durchsetzung einer Mischung aus Zwang und Nostalgie hat es Alexander *Lukaschenko* im Inland vielmehr verstanden, alle prowestlichen und freiheitlichen Bestrebungen der frühen 1990er Jahre abzuwürgen. Er beendete eine nur kurze Phase von etwa fünf Jahren, in der sich auch Belarus seinen Nachbarn öffnete und es eine freie Debatte über Nation und Geschichte gab.⁴ Etwa ein Zehntel der weißrussischen Bevölkerung schloss sich ab 1988 der Volksfrontbewegung unter *Zianon Pazniak* an, die einen scharfen antisowjetischen und antirussischen Kurs verfolgte, aber bereits 1991 durch die Wiederkehr der bisherigen Nomenklatur verdrängt wurde. Aus Sicht Moskaus ist die Belarussische Volksfront deshalb auch heute noch ein nicht akzeptabler Verhandlungspartner. Insofern ist für Moskau auch die aktuelle amerikanische Unterstützung der demokratischen Bewegung nicht hinnehmbar. Die einzige Möglichkeit, auch in Moskau Unterstützung für die demokratische Bewegung zu finden, könnte eine breite Opposition sein, die auch von Europa substantiell unterstützt wird und die verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen einschließt.

Außenpolitisch interessant ist aus der Zeit der Volksfront vor allem das Werk von *Anatol Hryzkewitsch*, der mit seiner »Geschichte der Geopolitik Weißrusslands« auf eine aktive außenpolitische Rolle Weißrusslands in der Geschichte hinweisen wollte.⁵ Der darum entbrannte politische Streit zwischen Nationalisten und russophil-imperialen Integratoren wurde jedoch nicht gelöst, sondern durch den Machtantritt *Lukaschenkos* abgebrochen. Das heute gültige verordnete staatliche, neosowjetisch ausgerichtete Geschichtsbild nimmt vor allem Anleihen am Großen Vaterländischen Krieg, den positiven Aspekten der Sowjetunion und den Leistungen *Lukaschenkos* für sein Land. Dies korrespondiert mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik *Lukaschenkos*, die

⁴ Vgl. Rainer *Lindner* (Hrsg.), *Weißrussland im Geschichtsbild seiner Historiker*. Handbuch der Geschichte Weißrusslands, Göttingen 2001.

⁵ Vgl. ebenda.

für die Bevölkerung die positive Seite seiner Herrschaft umreißt. Die negativen Seiten des Systems – fehlende Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Anderslebenden, Beeinträchtigung der Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, physische Bekämpfung der Oppositionellen, Wahlfälschung und die Produktion von Feindbildern – erinnern jedoch ebenfalls an sowjetische Zeiten.

Da *Lukaschenko* die weißrussische Sprache (die im Übrigen dem Polnischen ebenso verwandt ist wie dem Russischen) als Intellektuellen- und Künstlersprache offenbar suspekt ist, ließ er weißrussischsprachige Lyzeen und Zeitungen schließen. Es ist schon symptomatisch, dass *Lukaschenko* nur auf Russisch spricht und sein Internetauftritt zwar in Russisch, nicht aber in der anderen gleichwertigen Staatssprache Weißrussisch verfügbar ist. *Lukaschenko* verweigert damit persönlich und in seiner Politik weite Teile der weißrussischen Identität und Geschichte. Seine lange Zeit forcierte enge Kooperation mit Russland scheint er aber auch nicht ausweiten zu wollen.

Weißrussische Außenpolitik »zwischen den Giganten«

Da Russland über viele Möglichkeiten verfügt, *Lukaschenko* innenpolitisch unter Druck zu setzen, bemüht sich der weißrussische Machthaber seit einiger Zeit, sich aus der russischen Umarmung zu lösen und sein Land zumindest rhetorisch äquidistant zwischen Russland und der EU zu positionieren. Die Lage zwischen den zwei Giganten (gemeint sind Russland und die EU), gelte es nun zum wirtschaftlichen Vorteil auszunutzen und das, was in der Vergangenheit »historische Verdammnis« war, solle überwunden werden.⁶ Selbstverständlich kann *Lukaschenko* diese Äquidistanz nur dann durchhalten, wenn er es schafft, sich Umklammerungsversuchen beider »Giganten« zu entziehen. Neben dem Primat der Wirtschaft und der Energiesicherheit gelte es in den außenpolitischen Beziehungen die Unabhängigkeit des Landes zu betonen, forderte *Lukaschenko* vor seinen Botschaftern im Jahr 2004. Knapp zwei Jahre (und einen Kompromiss mit Moskau) später zeigte sich bereits, dass genau dies die Herausforderung für ihn ist: Sollte Russland seine Ankündigung wahr machen und die vergünstigten Gaspreise für Belarus anheben, droht ein zwangsweiser Ausverkauf des Landes an Russland. *Lukaschenko* liefe damit Gefahr, dass sein System vollständig vom Kreml abhängig werden könnte.

Dass er sich davor fürchtet, zeigt auch seine Haltung zur Russisch-Weißrussischen Union. Obwohl eine enge Zusammenarbeit mit Russland seinem Geschichtsbild entspricht, hat er diese Union bislang nur auf dem Papier umgesetzt. Würde er tatsächlich das Ziel einer stärkeren Integration seines Landes in den russisch dominierten

6 Vgl. Alexander *Lukaschenko*, Grundsatzrede zur Außenpolitik des Landes während des Treffens mit den Leitern der belarussischen diplomatischen Vertretungen, zitiert nach: Pressemitteilung der Botschaft der Republik Belarus. Rede im Original unter <<http://www.president.gov.by>>, 23.7.2004.

Raum verfolgen, hätte er die Union auch real umsetzen können. Stattdessen liegt diese auf Eis. Warum? Mit dem Amtsantritt Wladimir *Putins* sind die persönlichen Chancen *Lukaschenkos* auf ein höheres Amt als das des weißrussischen Präsidenten innerhalb einer möglichen Union drastisch gesunken. Heute würde er höchstens Juniorpartner sein. Das Nichtzustandekommen der Union ist damit allein auf fehlende Machtperspektiven *Lukaschenkos* und nicht auf eine geschichtliche Orientierung zurückzuführen.

Wenn *Lukaschenko* aber weder eine freie Bestimmung der weißrussischen Identität zulässt noch sein deklariertes Ziel der Integration mit Russland vollzieht, bleibt nur ein Ergebnis festzuhalten: Für Alexander *Lukaschenko* ist die Festigung seiner Macht einziger Antriebsmotor seiner Außenpolitik. Seine Außenpolitik erscheint damit nur als weiterer funktionaler Baustein seines autoritären Regimes, für die geschichtliche Erinnerungen leicht geopfert werden können. Aufgrund dieses Primats der Machtabsicherung nach Außen kann Belarus auch nicht an den europäischen Aussöhnungsprozessen teilnehmen (die mit regionaler, wirtschaftlicher und politischer Kooperation verbunden sind), obwohl die Leitlinien der Außenpolitik darauf verweisen, wie stark Belarus insbesondere unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hat, also unter Alleingängen, totalitären Systemen, Krieg und Gewaltherrschaft – Aspekte, die Europa zu überwinden sucht. Technisch-organisatorische Geschichtsaufarbeitung des Zweiten Weltkriegs, beispielsweise durch eine gute Zusammenarbeit mit dem Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge, findet in Belarus zwar statt, proaktive Maßnahmen und Teilhabe an europäischen Sicherheitsstrukturen sind jedoch unter dem System *Lukaschenko* ausgeschlossen. Denn eine solche Einbindung könnte beispielsweise mit Blick auf die Einhaltung der Menschenrechte Kompromisse hinsichtlich der Gestaltung des politischen Systems abverlangen. Schon allein der Bruch mit den OSZE-Vereinbarungen zu den menschlichen und politischen Freiheiten führt zu einer Reihe von aufwändigen diplomatischen Auseinandersetzungen. Aus diesem Grunde ist Belarus auch nicht Mitglied des Europarats oder der Nachbarschaftspolitik der EU.

Handlungsempfehlungen

Historische Erinnerungen in der Außenpolitik *Lukaschenkos* wirken also nur dort, wo sie dem Machterhalt dienen. Erinnerungen, die nicht in sein Welt- und Geschichtsbild passen, werden ausgeblendet. Wenn Belarus aber weder durch historische Erinnerungen noch durch eigenes politisches Interesse in die wichtigen europäischen Strukturen eingebunden werden kann, fehlen für die EU formalisierte Einflussmöglichkeiten im Sinne klassischer Außenpolitik.

Dieses Fehlen darf jedoch nicht von der Verpflichtung entbinden, dass die EU nicht nur wie bisher vorsichtige Sanktionen durchführt, sondern positiv gestaltend Einfluss nimmt. Das Recht hierzu leitet sich aus den OSZE-Vereinbarungen zur Menschlichen Dimension ab, die erklären, dass Fragen der Demokratie und der Menschenrechte ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Staaten sind und nicht ausschließlich

eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen.⁷ Möchten also die EU-Staaten Belarus zur Einhaltung der eigenen Verpflichtungen anhalten – und damit ihre eigenen Verpflichtungen erfüllen –, bieten sich hierfür eine Reihe von Ansätzen an. Dazu zählen die Einrichtung eines Demokratiefonds, die Unterstützung von freien Medienplattformen und die Bildung von Beratungskreisen für die weißrussischen Parteien durch gestandene europäische Politiker.

Neben diesen politischen Maßnahmen scheint es aber auch wichtig, einen begleitenden historisch-wissenschaftlichen Prozess einzuleiten, den *Lukaschenko* in seiner Ansprache vor den weißrussischen Botschaftern sogar selbst thematisiert hat: »Die Zusammenarbeit im kulturell-geschichtlichen Bereich [zwischen Belarus, Polen, den baltischen Staaten und der Ukraine, W.S.] ist ebenfalls ein guter Boden für Zusammenarbeit. Bei dieser supraregionalen Zusammenarbeit können alle Völker nur gewinnen.«⁸ Seine Beweggründe für eine Dialogbereitschaft dürften hier sicher andere als eine gemeinsame Geschichtsaufarbeitung und offener Dialog sein. Dennoch bietet dieser Vorschlag im Bereich der »soft politics« einen neuen Ansatzpunkt jenseits der seit langem verhärteten politischen Fronten im Bereich der »hard politics«, wenn er diesen auch klar untergeordnet sein sollte. Unter Beibehaltung der bisherigen EU-Politik und in enger Abstimmung mit der EU sollte der weißrussische Präsident beim Wort genommen und eine Auseinandersetzung mit kulturellen und geschichtlichen regionalen Gemeinsamkeiten eingeleitet werden, die sich zum Ziel setzt, die derzeitige Geschichts- und Kulturpolitik *Lukaschenkos* zu durchbrechen – oder ihr zumindest ein intellektuelles und weltoffenes Gegengewicht zu bieten. Wenn die EU eine langfristige, interessengeleitete und wertebasierte Außenpolitik betreiben möchte, dann wäre dies ein Ansatz, die gesplante weißrussische Identität so mitzugestalten, dass Belarus seinen Platz in Europa findet, ohne damit freilich eine EU-Mitgliedschaft des Landes zu präjudizieren.

Instrumentell müssten mit einem solchen Ansatz wissenschaftliche und kulturelle Institute im Land unterstützt werden, die Geschichte nicht ideologisch den Interessen *Lukaschenkos* unterordnen, sondern sie frei und fair und sicher auch national bewerten. Der EHU könnte hier – in Verbindung mit dem Belarus-Programm der Deutschen Welle und ähnlichen Medien – eine Schlüsselrolle zukommen, ohne vorerst neue Einrichtungen ins Leben rufen zu müssen. Mit der Thematisierung historischer Erinnerungen, mit kulturellen Bezügen zu Polen, Litauen und anderen EU-Staaten könnten

7 Vgl. das Dokument des Moskauer Treffens über die Menschliche Dimension der KSZE am 3. Oktober 1991, in: *Europa-Archiv (EA)*, Nr. 23/1991, S. D 579–D 593. Weiterführend die Charta von Paris (vgl. *EA*, Nr. 24/1990, S. D 656–D 664, hier S. D 656 und D 657: »Menschenrechte und Grundfreiheiten sind allen Menschen von Geburt an eigen; sie sind unveräußerlich und werden durch das Recht gewährleistet. Sie zu schützen und zu fördern ist vornehmste Pflicht jeder Regierung. [...] Unsere Staaten werden zusammenarbeiten und einander unterstützen, um zu gewährleisten, daß die Entwicklung der Demokratie nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.«

8 Vgl. die Grundsatzrede *Lukaschenkos*, a.a.O. (Anm. 6).

der weißrussischen Bevölkerung Denkansätze jenseits staatlicher Bevormundung vermittelt werden, ohne dabei notwendigerweise auf eine Auseinandersetzung mit der staatlichen Geschichtsschreibung und Kulturpolitik zu verzichten. Thematisch scheint es dabei besonders angezeigt, vor allem die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als Schwerpunkt der Auseinandersetzung zu machen. Es muss gezeigt werden, dass Belarus kein historischer »Sonderfall« ist, der eine diktatorische Herrschaft rechtfertigt, sondern ein Staat, dem das freie Europa prinzipiell offen steht. Damit kann gezeigt werden, dass es inhaltliche Alternativen zum System *Lukaschenko* gibt – die zudem von eigenen Landsleuten transportiert werden. Voraussetzung dafür ist jedoch eine langfristige Zusammenarbeit der östlichen EU-Staaten, der Ukraine und anderer interessierter Staaten in dieser Hinsicht. Vor allem bedarf es in Brüssel, Berlin und Paris der Bereitschaft, anzuerkennen, dass Belarus Teil Europas ist – und das Sprechen mit einer Stimme. Es wäre schließlich eine traurige Ironie der Geschichte, wenn das Land, das mit am stärksten unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hat, auf Dauer von einem autoritären Regime regiert bleibt.

Schluss

Julian Pänke

Ein Kennzeichen mitteleuropäischer – vermutlich jeder – Außenpolitik in einer Umbruchphase scheint der Nachweis der Anpassungsfähigkeit an veränderte internationale Umfelder zu sein. Zu diesem Zweck strebten die mitteleuropäischen Außenpolitiken nach 1989 allesamt nach Kontinuität und knüpften deshalb an vertraute Wahrnehmungs- und Handlungsmuster an. Dies gibt außenpolitisch relevanten Akteuren die Sicherheit, souverän auf internationalem Parkett zu agieren. Die »klassischen« mitteleuropäischen Staaten Litauen, Polen, Tschechien und Ungarn bedienen sich dabei des vorkommunistischen Erbes und berufen sich insbesondere auf die Erfahrungen und Mythen der staatlichen Unabhängigkeit in der Zwischenkriegszeit und ihres schmerzlichen Verlustes im Zweiten Weltkrieg. Die hier als Sonderfälle betrachteten Staaten Deutschland und Weißrussland nutzen hingegen die unmittelbar zurückliegende Vergangenheit als Anknüpfungspunkt: Deutschland die bundesrepublikanische Hinterlassenschaft der »Selbstbeschränkung«,¹ Belarus das kommunistische Erbe der Sowjetunion.

1. Außenpolitische Akteure sollten über ein geschultes Einfühlungsvermögen in die historische Wahrnehmung des jeweils anderen Staates verfügen und jeden innenpolitisch motivierten Populismus unbedingt vermeiden.

Um Störungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu vermeiden, sollten außenpolitische Akteure eine genaue Kenntnis der gemeinsamen Beziehungsgeschichten haben. Es ist oftmals erschreckend, mit welchem Dilettantismus Außenpolitiker äußerst sensible Fragen der gemeinsamen Beziehungen behandeln. Alle für Außenbeziehungen zuständigen Politiker, Medienvertreter und Wissenschaftler sollten unbedingt vermeiden, außenpolitische Themen auf ihren innenpolitischen Kampfwert hin auszuschlachten. Jeder Populismus sollte im Idealfall unbedingt vermieden werden. Darüber hinaus muss Politik in Fragen, die historische Erinnerung direkt betreffen, eine gewisse Verantwortlichkeit pflegen und möglicherweise besonders schmerzliche Bereiche für einen gewissen Zeitraum tabuisieren. Gerade in der Außenpolitik ist eine oft zu vermissende Gelassenheit und Geduld wünschenswert.

Ein weiteres Kennzeichen mitteleuropäischer Außenpolitik ist das sehr spezifische Verhältnis zu nationalstaatlicher Souveränität. Nach 1989 von den »klassischen« mitteleuropäischen Staaten mühsam und schmerzhaft (wieder)gewonnen, stehen sie verständlicherweise allen Bestrebungen, ihre als fragil und kostbar empfundene Souveränität

1 Diese Grundausrichtung deutscher Außenpolitik scheint sich auch während der Regierung *Schröder* zwischen 1998 und 2005 nicht verschoben zu haben, wenngleich auch neue Akzente gesetzt und vor allem eine neue Rhetorik gebraucht wurden. Dies ändert jedoch nichts am Bezugspunkt »Selbstbeschränkung« in den Jahren unmittelbar nach 1989.

nität einzuschränken, äußerst skeptisch gegenüber. Schnell wähen sie sich als neuer Spielball in einem hegemonialen Wechsel von einer pax Sovietica zu einer pax Occidentalis. Brüssel kann dabei als »Neues Moskau« erscheinen. Fremdbestimmung durch die »Großen« ist eine Erfahrung, die sie um jeden Preis der Welt nicht noch einmal erleben wollen. Gerade diese Skepsis gegenüber jeder Form der Supranationalität mag die atlantische Position der überwiegenden Mehrheit der »klassischen« Mitteleuropäer 2003 im Irak-Krieg erklären. Die USA verteidigt ihre souveränen Rechte selbst mit äußerster Entschiedenheit. Eingerahmt werden Litauen, Polen, Tschechien und Ungarn wieder von den zwei mitteleuropäischen »Sonderfällen«, beide einen Souveränitätsverlust akzeptierend, eventuell sogar forcierend. Auf deutscher Seite die vermeintliche Begeisterung für die Überwölbung des Nationalstaates im Rahmen der Europäischen Union, auf weißrussischer Seite Ideen eines neosowjetischen Imperiums, das jedoch nicht an bestehenden Machtverhältnissen im Land selbst rütteln soll.

2. Außenpolitik sollte immer unabhängig von kurzfristigen innenpolitischen Interessen geführt werden. Dazu bedarf es des gegenseitigen Vertrauens, das in multilateralen Abmachungen entsteht.

Eine Annäherung zwischen unterschiedlichen Positionen (zu nationalstaatlicher Souveränität beispielsweise) kann jedoch nur dann erfolgen, wenn dauerhaft und gegenseitig Vertrauen und Toleranz bewiesen wird. Dies bleibt jedoch insofern schwierig, als sich innenpolitische Erfolge in allen Ländern leicht durch die Betonung der Andersartigkeit erzielen lassen. Machterwerb ist wichtigstes Instrument – manchmal auch Ziel – allen politischen Handelns. Wenn dieses aber auf Kosten der Gemeinschaft in Europa geht, ist es für den Kontinent als Ganzes äußerst schädlich. Möchte man es überwinden, dass Europa eine Geisel der Geschichte ist, gehören dazu Außenpolitiken, die sich nicht für kurzfristige innenpolitische Interessen instrumentalisieren lassen. Geduld im Zusammenwachsen allein kann helfen – ist aber keine Erfolgsbedingung. Was es bedarf, ist die Zielsetzung eines friedlichen und partnerschaftlichen Gesamteuropas mit Erfüllung der gemeinsamen Werte. Während der Treffen und Zusammenarbeit der Autorinnen und Autoren dieses Kapitels hat es sich erwiesen, dass eine Generation heranwächst, die diese Ziele gemeinsam verfolgt – und die beginnen, das außenpolitische Meinungsbild mit zu prägen.